

Abonnements:
Monatlich 55 Pfg. ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post be-
zogen bei Selbstabholung viertel-
jährlich Mark 2.10, monatlich
70 Pfg. — Erscheint an allen
Wochentagen nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Haus 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die 6 gespaltene Peritzelle kostet
15 Pfg., bei Wiederholung Rabatt
nach Tarif. Inserate für die tägliche
Nummer müssen bis abends 8 Uhr
in der Expedition Wiesbaden
ausgegeben sein. Schluß der In-
seratenannahme in Frankfurt
am Main vormittags 9 Uhr.
Verlagsschrift:
Union-Druckerei, G. m. b. H.,
Frankfurt a. M.
(nicht Volksstimme adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49 **Wiesbaden** Expedition: Weiskirchstr. 9
Telephon 1026. Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Mater. —
Verlag der Volksstimme Mater & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nr. 279 Montag den 30. November 1914. 25. Jahrgang

Englische Schiffsverluste im Kanal.

Die Russen bei Lodz zurückgeworfen. — Serbische Bedrängnis.

Die Frucht halber Maßnahmen.

Täglich erweist es sich mehr, daß Höchstpreise für Getreide (ein unzulängliches Ausschüttungsmittel sind, das unter Umständen mehr schadet als nützt. Ein interessanter Beitrag hierzu wird soeben aus Halle a. S. bekannt. Die dortigen Mühlenwerke, die mit 2400 Zentnern täglichem Kornverbrauch das größte Mühlen-Unternehmen der Provinz Sachsen sind, haben sich telegraphisch an die Regierung und das Generalkommando des IV. Armee-Korps in Magdeburg gewandt mit dem Ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß die Mühlen genügende Mengen Korn zur Verarbeitung kaufen können. Das sei in den letzten Wochen nicht mehr möglich gewesen, da die Landwirte und Getreide-Großhändler die Vorräte an Korn, namentlich an Roggen und Weizen im Hinblick auf die Steigerung der Höchstpreise ab 1. Januar zurückhielten. Die Mühlenwerke mühten, so führen sie in der Eingabe weiter aus, beim Andauern dieses Zustandes des Verlangens der Zufuhr zu einer Stilllegung des Betriebes und zur Entlassung ihrer 120 Arbeiter schreiten.

Unter diesem unhaltbaren Zustande leiden auch die übrigen Mühlen des Halle'schen Bezirkes und dadurch wird natürlich die Versorgung der Bevölkerung mit Brot ernstlich gefährdet. Ob die Regierung nicht bald einsehen wird, daß nur die Befehlsgewalt aller Brotfrüchte und ihre Verteilung nach rationellen Gesichtspunkten Abhilfe schaffen kann? Selbst die österreichische Regierung geht einen Schritt weiter. Sie ist zwar auch noch weit entfernt von der Durchführung einer Art Staatssozialismus für die Kriegszeit, aber sie setzt Höchstpreise nicht nur für Getreide, sondern auch für Reis, Kartoffel- und Getreide mehr fest.

Zwei Tagesberichte.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 28. Nov., vormittags. (W. P. Amtlich.) Auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist die Lage nicht verändert.

Französische Vortöße im Argonnenwalde wurden abgewiesen. Im Walde nordwestlich Apremont und in den Vogesen wurden den Franzosen trotz heftiger Gegenwehr einige Schützengräben entrissen.

In Ostpreußen fanden nur unbedeutende Kämpfe statt.

Bei Łowicz griffen unsere Truppen erneut an. Der Kampf ist noch im Gange. Starke Angriffe der Russen in Gegend westlich Noworodomski wurden abgewiesen. In Südpolen ist im übrigen alles unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 29. Nov., vormittags. (W. P. Amtlich.) Vom Westheer ist über den gestrigen Tag nur zu melden, daß Angriffsversuche des Gegners in der Gegend südöstlich Ypern und westlich Lens scheiterten.

Im Osten ist die Lage rechts der Weichsel unverändert. Vortöße der Russen in der Gegend von Lodz wurden abgewiesen. Daran eingeleitete Gegenangriffe waren erfolglos. Aus Südpolen ist nichts Wesentliches zu erwähnen.

Oberste Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 29. Nov. (W. P. Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser befindet sich jetzt auf dem östlichen Kriegsschauplatz.

Oberste Heeresleitung.

Der Kampf gegen Rußland.

Dem General Hindenburg ist jetzt vom deutschen Kaiser die gleiche Ehrung zuteil geworden, die Frankreich vor einiger Zeit seinem Voffre spendete. Hindenburg erhielt den Rang und Titel eines Generalfeldmarschalls. In der Veröffentlichung dieser Ehrung sagt Hindenburg: „Ich bin stolz darauf,

diesen höchsten militärischen Dienstgrad an der Spitze solcher Truppen erreicht zu haben. Ihrer Kampfesfreudigkeit und Ausdauer haben in bewunderungswürdiger Weise dem Gegner große Verluste beigebracht. Ueber 60 000 Gefangene, 150 Geschütze und gegen 200 Maschinengewehre sind wiederum in unsere Hände gefallen, aber vernichtet ist der Feind noch nicht. Darum weiter vorwärts!“

Hindenburgs Generalstabschef Ludendorff wurde zum Generalleutnant befördert. Sicher haben beide zuletzt wieder Großes geleistet. Ganz wurde ihr Ziel noch nicht erreicht, aber vielleicht und wahrscheinlich bringt die Zeit bald die volle Erfüllung des Plans. 120 000 Mann haben die Russen in Polen allein in der letzten Woche verloren, die finnländischen Regimenter blühen nach Berichten neutraler Kriegsreporter, denen die Hälfte ihres Bestandes ein. Wir sehen den Verlust der Russen noch wesentlich höher an. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet:

Die verschiednen Gerüchte, die über den Umfang des russischen Sieges zwischen Weichsel und Warthe umlaufen, erklärt der russische Generalstab damit, daß diese Gerüchte zum Teil von Privatkorrespondenzen genährt sind, die einzigen Zeitungen von dem Kriegsschauplatz zuzuging. Der Große Generalstab warnt vor den Gerüchten, die durch die Tatsachen nicht begründet sind und mit Vorbehalt ausgenommen werden müssen. Wie zu Anfang des Krieges weiß der Generalstab auf die Notwendigkeit hin, alle Nachrichten, die nicht aus amtlicher Quelle kommen, mit Vorbehalt aufzunehmen. Zweifellos ist der deutsche Plan, die russische Front auf dem linken Weichselufer zu umspannen und einen Teil der russischen Armee einzukesseln, vollständig gescheitert. Es geht aus den Mitteilungen des Generalstabs und des Generalstabschefes hervor, daß die Deutschen gezwungen sind, sich von Argon und Luzin über Przemysl auf Strzawo unter für sie äußerst ungünstigen Bedingungen zurückzuziehen. Bei dem Rückzuge erlitten die Deutschen ungeheure Verluste, indessen sind die Kämpfe noch nicht vollendet. Die Schlacht entwickelt sich an der ganzen Front sehr günstig für uns, aber der Feind geht hartnäckig seinen Widerstand fort. Es ist unnötig, den Kampf als beendet zu betrachten. Es ist nötig, das endgültige Ergebnis abzuwarten, mit der festen Zuversicht, daß die russischen Truppen von dem Bewußtsein der Notwendigkeit durchdrungen sind, ihre heldenhaften Anstrengungen zu Ende zu führen, um den Widerstand des Feindes endgültig zu brechen.

Die Gerüchte, von denen der erste Teil der Erklärung spricht, waren in Wirklichkeit englische Behauptungen. Bezeichnend ist jedenfalls, daß die amtliche russische Berichtserstattung kein Wort, keine Zahl von dem gewaltigen Verlust an Gefangenen bringt.

Im Mittelteil der gewaltigen Schlachtfrent haben, wie der Tagesbericht vom 29. November zeigt, die Deutschen nicht nur den russischen Angriff abgewiesen, sondern ihr Gegenangriff war erfolgreich.

Wien, 29. Nov., Amtlich wird verlautbart: 29. November, mittags: Der gestrige Tag verlief an unserer ganzen Front in russisch-Polen und Westgalizien sehr ruhig. In den Karpathen wurden die auf Homonna vorgedrungenen Kräfte geschlagen und zurückgedrängt. Unsere Truppen machten 1500 Gefangene.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Höfer, Generalmajor.

Wien, 30. Nov. (D. D. R.) Die Zahl der russischen Gefangenen in der Schlacht in Polen erhöhte sich in Oesterreich bereits auf 35 000 Mann. In dem belagerten Przemysl erscheint wieder ein Tagesblatt, betitelt „Kriegsnachrichten“. In Galizien herrscht strenge Kälte, in Serbien starkes Sturmwetter.

Amsterdam, 29. Nov. (D. D. R.) Die Zeitung „Lijd“ schreibt: Der Kampf im Osten wird immer rätselhafter. In Berlin wehen die Fahnen und die deutsche Presse triumphiert, während der englischen Presse infolge der russischen Siege der Himmel voller Geigen dünkt. Da sollen 50 000 Deutsche gefangen und ebensoviele in die Flucht geschlagen sein. Merkwürdig ist nur, daß der russische Große Generalstab diesen Kriegen nicht bekannt gibt. In dem russischen Generalstabsbericht heißt es wohl: Wir haben zwischen der Weichsel und der Warthe im allgemeinen auf der ganzen Front Erfolge vor allem im Süden bei Krakau, aber dabeis sucht man noch einem Bericht über wirkliche Erfolge. Die englischen Journalisten in Petersburg verbreiten ihren Zeitungen wohl für die nächsten Tage den offiziellen Bericht über die russischen Siege, aber dieser Tag erscheint dann immer nicht.

Aus dem Westen.

Der Berner „Bund“ schreibt zur Kriegslage: Es ist schon nicht mehr Stellungskampf, was sich im Westen herausbildet, sondern bereits Festungskrieg, und zwar ein Krieg um

festungen, die schwerer einnehmbar sind, als bastionierte Städte mit Panzerforts usw., wo schweres Geschütz gegen begrenzte, der Sprengwirkung unterliegende tote Ziele eingesetzt wird. Gelingt an einer Stelle der Front von vitaler Bedeutung ein breit vorgezogener Durchbruch, so bricht voranschreitend die ganze Front zusammen. Auch die Möglichkeit eines Generalangriffes oder — besser gesagt — eines Generalsturms besteht noch. So betrachtet, gewöhnen die ideenlos zusammenhanglosen deutschen Frontangriffe eine Bedeutung. Es wäre ein Verlegen des Angriffs von Ort zu Ort, um gleichmäßig heranzukommen und dann zu einer bestimmten Zeit zu dem Generalsturm anzusetzen, also in einer Wiederholung des Dippeler Sturms in gewaltigen Maße. Wäre ein solches Unternehmen nicht beinahe phantastisch in seinen Ansprüchen an die Leitung eines taktisch komponierten Massenheeres, so könnte dies wirklich für die stille Absicht der deutschen Heeresleitung gehalten werden.

Die durch den „Nieuwe Rotterdamse Courant“ verbreitete Nachricht, in Strobrügge bei Waldeghem in Westflandern seien Schiffe auf deutsche Soldaten abgegeben und 40 Eingeborene in Waldeghem als Geiseln weggeführt worden, ist falsch. Das zuständige militärische Kommando erklärt ausdrücklich, daß weder Schiffe auf deutsche Soldaten abgegeben, noch Geiseln genommen wurden, noch zwei deutsche Soldaten vernichtet wurden.

Belgisches.

Unter Amsterdamer Parteiblatt „Het Volk“ bringt Äußerungen einiger belgischer Abgeordneter, die in Holland weilten, und sich dort über die wirtschaftliche Lage Belgiens äußerten. Danach liegt die große Industrie in Belgien fast noch völlig still. Die Metallindustrie hat keine Erze, der Eisenbahnbetrieb hat aufgehört, für die Industrie zu arbeiten und wenn keine Rohmaterialien vorhanden sind, kann die Industrie auch nicht arbeiten. Von der Glasindustrie ist dasselbe. Der Mangel an regeltem Eisenbahnverkehr hat auch den Handel lahm. Sausel und Industrie sind auf Post-, Telegraph- und Telefon-Verkehr angewiesen und diese Verkehrszweige ruhen genau so wie die Eisenbahn. Der Kohlentransport ist nur mit ungeheuren Kosten möglich. Besser sieht es in der Zuckerindustrie. Dort wird noch gearbeitet, wenn auch weniger wie in normalen Zeiten. In Gent arbeiten die Textilfabriken auf deutsche Bestellungen. In der Luxusindustrie herrscht völlige Arbeitslosigkeit.

Die belgischen Eisenbahner verweigern bekanntlich den Dienst; sie schädigen damit, wie der obige Bericht zeigt, das eigene Volk.

Aus Amsterdam wird weiter mitgeteilt, der deutsche Kommandant in Gent habe das Erscheinen des sozialdemokratischen Tagesblattes „Noornit“ bis auf weiteres verboten. Das Verbot wurde mit der „aufreizenden Sprache“ begründet die das Blatt den Behörden gegenüber führe.

Generalgouverneur Frhr. v. d. Goltz, der in militärischer Mission nach Konstantinopel geht, wird durch den General v. Bissing ersetzt.

Der „Verl. Lokanz.“ meldet aus Brüssel: Die Kriegskontribution der Belgier ist auf 375 Millionen Francs festgesetzt worden. Die Bank „Societe Generale“ wird für 420 Millionen Noten emittieren und 375 Millionen hiervon der deutschen Verwaltung übergeben. — In Antwerpen wurde eine Filiale der Reichsbank eröffnet.

Die Gemeindevorstellung von Antwerpen beschloß in einer außerordentlichen Sitzung die Aufnahme einer Anleihe zur Deckung der der Stadt auferlegten Kriegskontribution von 30 Millionen und anderweitiger städtischer Bedürfnisse.

Britische Sorgen.

Nach einer über Amsterdam in Berlin eingelaufenen Nachricht ist am 26. November, morgens 8 Uhr, das englische Dampfschiff „Primo“ durch ein deutsches U-Boot bei Antifer an der französischen Küste im Kanal, etwa 20 Kilometer nördlich von Le Havre, in den Grund gebohrt worden. Die Besatzung wurde gerettet und nach Fécamp gebracht.

Der Dampfer „Primo“ hatte 1366 Tonnen Kaminhalt und gehörte der Belton-Co. in Newcastle.

Weiter gibt die britische Admiralität bekannt, daß das Kohlen Schiff „Kartum“, das nach Dron ausreiste, auf der Höhe von Grimsby (am Humber) auf eine Mine stieß und sank. Die Besatzung konnte in Grimsby gelandet werden.

Der Dampfer „Kortum“ hatte 3020 Tonnen Wasserdrängung und gehörte der Anglo-Bretagne Shipping-Co. in London.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Kristiania: Ein norwegischer Schiffsführer telegraphierte seiner Weiberei, daß der Hafen von Queenborough für allen Verkehr gesperrt sei, werde auch von anderer Seite bestätigt. Queenborough liegt dicht südlich von Ebernes auf der Insel Sheppey an der Themse-Mündung.

Briefe belgischer Flüchtlinge an ihre Verwandten in Brüssel schildern die grenzenlose Panik und Kriegsflucht, welche an der ganzen englischen Ostküste von Folkestone über Norwich nach Scarborough herrsche. Wer nur kann, flüchtet mit Weib und Kind in das Innere des Landes, und viele reiche Engländer verlassen überhaupt die Heimat, und schiffen sich nach Holland oder Amerika ein, um dem Kriegsübel und vor allem der drohenden Zwangsrekrutierung zu entgehen. Alle nach Wiffingen abgehenden Dampfer sind mit flüchtigen Engländern überfüllt.

London, 29. Nov. Der Korrespondent der „Times“ in Washington meldet vom 27. November: Nach Gerüchten aus Südamerika ist der Seehandel, namentlich an der Westküste, durch die Tätigkeit der deutschen Kreuzer außerordentlich behindert. Die britische Schifffahrt soll nahezu paralysiert sein. Es wäre zwecklos, die Tatsache zu verkennen, daß unsere Unfähigkeit, die See in diesen Teilen der Erdkugel von den deutschen Besatzern der Handelswege zu säubern, eine ungünstige Wirkung auf ihr Prestige zu haben beginnt.

Erfolge gegen die Serben.

Wien, 29. Nov. Vom südlichen Kriegsschauplatz wird amtlich gemeldet: 29. November: Der Gegner leistet in der jetzigen Gefechtsfront verzweifelten Widerstand und versucht, durch heftige Gegenangriffe, die bis zu Bajonettkämpfen gehen, unsere Vorrückung aufzuhalten. Die am 5. östlichen Kolubara-Ufer stehenden eigenen Truppen haben stellenweise wieder Raum gewonnen. Die über Valjevo und südlich vorgerückten Kolonnen haben im allgemeinen die Höhe des Lija-Flusses und die Linie Subobor sowie das Strahendried östlich Uziel erreicht. Gestern wurden insgesamt zwei Regimentskommandanten, 19 Offiziere und 1245 Mann gefangen genommen.

Oesterreich-Ungarn hat angeblich gegen Serbien größere Truppenmassen aufgebildet, eine russische Meldung spricht sogar von 200 000 Mann. Es solle zunächst mit Serbien aufgeräumt werden, damit die Kräfte frei werden zum Kampf gegen Rußland. Etwas mag an diesen Angaben wahr sein; daß gerade jetzt sehr große Massen nach dem südlichen Kriegsschauplatz geworfen wurden, ist aber um deswillen wenig wahrscheinlich, weil sie jetzt gegen Rußland gebraucht werden. Jedenfalls steht fest, daß die österreichisch-ungarischen Truppen seit einiger Zeit unaufrichtig in Serbien vordringen; es werden auch täglich mehr oder minder große Gruppen Serben gefangen genommen. So sprach der österreichische Tagesbericht vom 28. November von 900 Gefangenen.

Eine Londoner Nachricht berichtet auf den baldigen Zusammenbruch der serbischen Wehrkraft vor. Es wird aber den Serben über das griechische Salonik eifrig Kriegsmaterial zugeführt. Bulgarien hat angeblich abgelehnt, russisches Kriegsmaterial nach Serbien passieren zu lassen.

Oesterreich-Ungarn führt jetzt eine eigenartige politische Aktion durch. Es überführt Tausende serbofränkischer Bewohner des Grenzbezirks Syrmien in andere Gegenden und siedelt sie dort an. In ihre Stelle kommen Bayern, die „national zuverlässig“, das heißt der großserbischen Propaganda unzugänglich sind. Eine ähnliche Maßnahme soll für bosnische Bezirke beabsichtigt sein.

Die Türken im Kampf.

Das türkische Hauptquartier teilt mit: Unsere Truppen im Etschoroktale warfen einen Ausfallversuch der Russen in der Gegend der Flugmündung zurück. Die Geschütze der Landbesatzungen von Vatum nahmen an diesem Kampfe teil, aber ohne jeden Erfolg. Unsere Truppen drangen in der Gegend von Afschara, zehn Kilometer südöstlich von Vatum, vor. — Die Russen behaupten in ihrem amtlichen Mitteilun-

gen, daß unsere Truppen im Kaukasus besiegt und auf Erzerum zurückgegangen seien. Diese Nachricht ist vollständig falsch. Unsere Truppen sind bereits zur Offensive gegen den Feind übergegangen, der keinerlei Bewegungen außerhalb seiner befestigten Stellung gemacht hat und im Gegenteil nach den Kämpfen im freien Felde eine weitere Strecke vor unseren siegreichen Truppen zurückgewichen ist.

Konstantinopel, 29. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Nachdem die Muselmanen des Somali-Landes Kunde erhalten haben, daß an der Grenze von Ägypten Muselmanen mit den Engländern im Kampfe stehen, ziehen mehrere Tausend Somalireiter gegen Ägypten.

Russenmassaker in Persien.

Ein Kenner Persiens schreibt der „Frank. Tagespost“ zu den teilweise bekannten Vorgängen: In Täbris, der Handelsmetropole Persiens, sind 2000 Russen totgeschlagen worden. So meldet kurz der Telegraph.

Das ist das erste Ereignis des heiligen Krieges in Persien. Die Russen ernten nun, was sie gesät haben.

Seit einem Jahrhundert kämpft Rußland eine grimmige Antriebe gegen England um den Besitz des Reiches des Sonnenlöwen. Rußland hat diesen Kampf gewonnen und ist faktisch der Herr von Nordpersien geworden. Durch ganz Nordpersien hindurch ziehen sich, die wichtigsten Städte untereinander verbindend, russische Eisenbahnen. In allen diesen Städten steht trotz aller Proteste der persischen Regierung russisches Militär. In allen diesen Städten reden sich russische Galgen als Wahrzeichen russischer Macht. Und in allen diesen Städten ist die Regierungsgewalt in die Hände der Russen gekommen.

Namentlich Täbris, die größte und wichtigste und reichste Handelsstadt des Landes — eine Stadt, die jährlich etwa 70 Millionen Mark im auswärtigen Handel umsetzt — ist das Ziel der russischen Begierde gewesen. Rußland hat diese vier stillen können. Es hat mit allen Mitteln brutaler Willkür den Handel dieser Stadt an sich reißen können. Es hat sich eine Eisenbahnkonzeption erzwungen, die diese auch militärisch und politisch höchst wichtige Stadt direkt an die Militärarsenale des Kaukasus anschließt.

Seit dem Dezember 1911 unterhält Rußland in Täbris eine Besatzung von etwa 6000 Mann. Seit dieser Zeit stehen an verschiedenen Stellen der Stadt russische Galgen; der größte mit zehn Strichen ragt nahe der alten Zitadelle auf einem Dache weit über das Stadtbild hinaus. Sunderliche Menschen sind damals ohne Untersuchung und ohne Gerichts-urteil auf Befehl des russischen Generalkonsuls aufgehängt worden. Der Landtag von Herbedschan ist zerbrochen worden, seine der jungpersischen und demokratischen Partei angehörigen Mitglieder verjagt oder ermordet worden. Im deutschen und im ottomanischen Konsulat von Täbris waren jahrelang geflüchtete Regierungsmitglieder vor den russischen Mörderhänden in Schutz gehalten worden. Die russischen Söldner warteten Tag und Nacht, ihrer auf freier Straße hohlocht werden zu können. Selbst ein zwölfjähriger Knabe wurde von den Henkern nicht geschont. Die Beamten der Zentralregierung in Teheran, an ihrer Spitze der Generalgouverneur von Herbedschan, wurden verjagt und ein den Russen ergebenes Subjekt als Strohmännchen ins Generalgouvernement gesetzt. Zu jeder Tagesstunde durchstreifen russische Militärpatrouillen die Stadt. Das russische Militär hatte für seine Exzesse die Plätze und Straßen der Stadt okkupiert. Die russischen Offiziere rasten in tollkühnem Tempo zu Fuß und Wagen durch die überfüllten Straßen des Bazars, und die Soldateska marschierte nie durch diesen größten Bazar des Orients, ohne daß diebische Hände aus der Marktskolonne heraus in die Verkaufsbuden langten. Die Händler konnten sich dieser Schandthat nicht erwehren, denn wer gewagt hätte, einem ein Haar zu krümmen, wäre für den Galgen reif gewesen.

Eine lächmende Unfähigkeit, ein kleinerer Druck lastet auf der Bevölkerung. Das Russenregiment war für Täbris ein Schreckenssymbol im wahren Sinne des Wortes. Die Russen haben Grausamkeiten, Blut, Gewalttätigkeit und Anarchie gesät und jetzt inmitten des europäischen Schlachten-

fürms und im heiligen Krieg aller Muselmanen gegen die Feinde Deutschlands ist ihre Ernte reif geworden.

Noch ehe die türkischen Truppen, die von Urmia auf dem Marsche nach Täbris sind, die Stadt erreichen konnten, hat das Volk der Stadt an dem Rest der russischen Besatzung und an der dort lebenden russischen Bevölkerung Rache geübt.

Was gestern in Täbris geschah, kann heute in Samandou oder Masinun geschehen und wird morgen in Reschid, Meshed, Isfahan und in den anderen wichtigen Städten Persiens sich ereignen. Die Russenherrschaft über Persien ist mit dem heiligen Kriege zusammengebrochen.

Arbeiter, denkt an die Zukunft!

Einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete Genosse **Wurm** kürzlich vor seinen Wählern in Gera gehalten hat, entnehmen wir nach dem Bericht der „Reichischen Tribune“ folgende beherzigenswerte Ausführungen:

Der Klassenkampf wird nach dem Kriege ebenso weitergeführt werden, wie der Massenegenoffen weiterbestehen wird. Die Arbeiter werden stets genau so viel Rechte besitzen, als sie Macht haben. Und so wenig das Bürgertum nach den Freiungskriegen 1813 zur Belohnung politische Rechte geschenkt bekam, sondern sie sich erst erkämpfen mußte, so wird auch die Arbeiterklasse nur dann politische und wirtschaftliche Fortschritte machen, wenn sie stark genug ist, in den unausbleiblich kommenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zu siegen. Dazu bedarf sie einer Organisation, der politischen in der sozialdemokratischen Partei und der wirtschaftlichen in den Gewerkschaften, dazu bedarf sie ferner der Agitation, vor allem durch ihre Zeitungen. Und ebenso wie die deutschen Arbeiter werden auch die Arbeiter derjenigen Länder, die heute gegen uns kämpfen, in wirtschaftlichem und politischem Gegensatz zu den Kapitalisten ihres Landes treten und dabei so wie vor dem Kriege zu der Erkenntnis gelangen, daß dieser Kampf der Arbeiterklasse in allen Ländern der gleiche und die Interessen der Arbeiterklasse international dieselben sind. So wird sich nach dem Kriege die Internationale von neuem erheben, und zwar noch stärker, noch gewaltiger; denn der Krieg wird Millionen von Menschen die Augen öffnen, so daß sie erkennen, der Friede auf Erden ist nur zu erreichen, wenn der Sozialismus die Gemeinsamkeit der Interessen aller Völker ermöglicht.

Und darum bleibt treu eurer Organisation, bleibt treu eurer Presse, damit sie den Krieg überdauern und eure Kräfte im Kampfe gegen den Klassenfeind, wenn sie endlich vom Kriege heimkehren, nicht zertrümmerte Organisationen finden und damit wehrlos gegenüber den kapitalistischen Interessen stehen. Mit Recht müßten auch dann eure jetzt bei der Armer stehenden Weiber und Säuglinge mit schweren Bomben überschüttet, daß ihr nicht für sie gestorbt habt, wie sie jetzt für euch ihr Leben einsetzen.

bleibt aber die Arbeiterklasse trotz des Krieges gescheit in ihren Organisationen und Anstrengungen, dann unterliegt in die Zukunft geblickt! Sie gehört trotz aller Not und Wirren unserer Tage dem arbeitenden Volke, dem Sozialismus!

Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Redners und mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August vollkommen einverstanden.

Behandlung der Zivilgefangenen.

Aus der Schweiz schreibt uns ein Korrespondent unterm 28. November: Wiederholt sah ich mir in den letzten Wochen die Rücktransporte der Zivilgefangenen auf dem Zürcher Bahnhof an. Sie bieten stets dasselbe Bild: die aus Frankreich zurückkommenden Deutschen meist bitterböse, oft sogar wütend über die erduldete Behandlung, über Nichterfüllung ihrer berechtigten Wünsche durch die französischen Behörden. Die aus Deutschland zurückkehrenden Franzosen meist achtungsvoll über ihre bisherige Lage erzählend, vielfach sogar lautes Lob auf der stets beweglichen Zunge, aber nur sehr selten schimpfend. Fragt man sie direkt, wie es ihnen in Deutschland ergangen, so antworten sie höflich-fühl, sie hätten sich über wenig zu beklagen gehabt, einige Male fügte man sogar selbstbewußt hinzu: Es ist ja auch Pflicht der Regierungen, die Gefangenen gut zu behandeln. Antwortete man dann: Ja, aber nicht alle Regierungen beachten das, so erfolgt ein charmantes Achselzucken und ein fast liebenswürdiges Bedauern: C'est la guerre! Wie mir Bekannte erzählten, die ich einmal bei dieser Gelegenheit traf, haben sie diese billige Ausrede jedesmal dann hören müssen, wenn sie sich über irgend etwas beklagten. C'est la guerre! Und damit basta!

Feuilleton.

Am Beobachtungsposten einer Geschützleitung.

Von Richard W o l d t.

Nun ist im Osten und Westen der Krieg längst kein Losstürmen mehr, sondern ein mühsames Vorwärtstreiben und Vertwärtswühlen. Die Artillerie und die Maschinengewehre aus sorgsam verchanzten Deckungen haben das Wort, und in den Schützengräben führt hartnäckig und entbehrungsreich die Infanterie ihren Stellungskrieg.

Die illustrierten Zeitungen bringen jetzt Bilder, die uns die Schützengräben und die Verchanzungen der Artillerie zeigen. Häufig ist dann auch der Beobachtungsstand sichtbar, der Offizier hat mit seinen Fernrohren und Meßinstrumenten die Gefechtsentfernungen zu bestimmen und zentralistisch von einer Stelle aus werden die Angaben nach den verschiedenen Schießständen durch Telephonapparate übermittelt. Es sind die Methoden der Entfernungsmessungen, die uns bei dem Besuch eines solchen Beobachtungsstandes interessieren.

Bei der Infanterie sowohl wie bei der Artillerie sucht die Kriegstechnik mit dem höchsten Wirkungsgrad zu arbeiten. Militärisch gesprochen, soll der Prozentfuß der Treffer möglichst hoch sein. Um den Unterschied zwischen früher und jetzt zu erkennen, müssen wir uns in die Vergangenheit zurückverfolgen. In der Vorzeit, als die Schießerei noch ein Handwerk war, hingen die Treffersätze von der Fertigkeit des Schützen ab. In der modernen Kriegstechnik ist die Schießerei eine Wissenschaft geworden, die auf den Schießersinn einen Einfluß haben können, und schon vorher wissenschaftlich ermittelt worden. Dem Soldaten wird heute längst nicht mehr die Entscheidung überlassen, wie er schießen soll.

Die Krupp-Firma, die für Deutschland als größte Kriegswaffenfabrik in Frage kommt, hat in Meppen ihren Schießplatz. Dort wird jedes Geschütz in seiner Reichweite, in seiner Geschwindigkeit und in seinen sonstigen Schießeigenschaften ausprobiert. Es werden dann Schießtabellen angefertigt, die jeder Soldat für seine Waffe kennen muß. Auf

dem Schlachtfeld sind nachher die richtigen Schießentfernungen festzustellen, damit nach den Schießtabellen das Richtige vorgenommen werden kann. Dazu dienen Zielfernrohre und Entfernungsmesser.

Das Grundprinzip in der Anwendung dieser Instrumente ist die Dreiecksberechnung. Wie der Geometer seine Ländervermessungen so vornimmt, daß er das Meßgebiet in lauter Dreiecke zerlegt, so wird es auch im Krieg gemacht. Es wird Mathematik getrieben. Wenn man die Größenform eines Dreiecks genau wissen will, braucht man nur drei Bestimmungen festzulegen: die Länge einer Seite und die Größe der beiden anliegenden Winkel. Daraus lassen sich dann die Längen der beiden anderen Seiten berechnen.

Der Artillerist konstruiert sich nun auf dem Schlachtfeld ebenfalls sein Dreieck. Zwei Schnittpunkte legt er in die Achsen seiner Fernrohre, der dritte Schnittpunkt wird in das Ziel gelegt. Bei den viel gebrauchlichen Entfernungsmessern, die als Doppel-Fernrohre ausgebildet sind, ist die Entfernung der beiden unteren Schnittpunkte voneinander bekannt, die beiderseitige Winkelstellung der Fernrohre gegenseitig und zum Ziel läßt sich durch Gradenteilung und Skalen an den Instrumenten feststellen und ablesen. Die Entfernung von der Basis am Beobachtungsstand zum Schießpunkt wird durch die gleichen Formeln ausgerechnet, wie der Geometer seine Dreiecksberechnungen vornimmt.

Eine andere Methode der Distanzmessungen besteht in der Anwendung jener Einsteckfernrohre, die für die Entfernungsmessung eine Gradenteilung besitzen. Ähnlich wie bei dem Fernstecher oder bei einem Theaterglas solange geschraubt werden muß, bis die Linien in eine Entfernung zueinander kommen, daß das Bild erfakt werden kann, ist auch am Fernrohr eine solche Veranschaulichung angebracht. Wird im Fernrohr das Bild klar erkennbar, dann läßt sich an der Gradenteilung, der Veranschaulichung, ermitteln, in welcher Entfernung das Ziel sich befindet.

Auch die „Camera obscura“, die früher viel auf Jahrmärkten zu finden war, dient den ersten Zwecken der Distanzmessung und Raumbestimmung. In einem verbunkelten Raum ist eine große matte Glasplatte auf den Tisch ausgebreitet. Das Bild der Umgebung wird auf dieser Glasplatte festgehalten, eine lebende Naturaufnahme, die uns laufend berichtet, was in unserer näheren Umgebung vorgeht.

Es sind wieder Linsen und Spiegel, die das Bild auffangen und auf die Glasplatte reflektieren.

Wenn nun eine solche Kammer auf einen freien Platz aufgestellt wird, kann man sich zunächst ein paar Entfernungspunkte markieren. Es werden in Abständen von je 20 Metern Stäbe aufgestellt und in einer Reihe angeordnet. Diese Stabreihe erscheint auch auf dem Glasbild der Camera obscura. Wir haben jetzt einen Anhalt, wie sich diese Entfernungen projizieren. Die Stabentfernungen braucht man nur auf die gesamte Bildfläche zu übertragen und alle Gegenstände, die in das Bildfeld kommen, werden in ihren Entfernungen zueinander bestimmt.

Freilich hat dieser scheinbar ideale Apparat auch seine Grenzen. Soll er nämlich ein weites Gebiet beherrschen, so muß er hoch angelegt sein, damit ein entsprechend großer Rundblick möglich wird.

Die hier geschilderten Methoden sind optische Distanzmessungen, durch Lichtwirkungen hervorgerufen, man kann aber auch akustische Mittel verwenden, den Schall nutzbar machen.

Wagt in der Ferne ein Schuß auf, so braucht das Licht eine gewisse Zeit, um das Bild jenes Vorganges zu übermitteln. Noch viel langsamer aber breiten sich die Schallwellen aus, um den Schall von dem Explosionsvorgang zu uns herüber zu bringen. Die Schallwellen legen in drei Sekunden nur rund einen Kilometer zurück. Wird mit einem geeichten Instrument der Zeitintervall zwischen dem Hören und Sehen eines fernen Schusses gemessen, so läßt sich daraus wenigstens mit annähernder Sicherheit auf die Entfernungen schließen.

Diese Meßinstrumente sind in dem heutigen Fernkrieg unentbehrlich. Sie geben erst die Möglichkeit, bei den großen Entfernungen das Auge so zu bewaffnen, daß Stellung und Gefechtsentfernung genau bestimmt werden können. So ist auch hier das Geschütz zentralisiert. Der Beobachtungsoffizier stellt seine Messungen an, die Angaben werden den Geschützständen übermittelt, und deshalb ist auch das Artilleriegeschütz ein Kampf, furchtbar in seinen Zerstörungswerten, präzise und kunstvoll in der Anwendung sein empfindlicher Apparat und Instrumente.

Wir vermitteln von hier aus für eine ganze Anzahl deutscher Genossen, die in den Camps des Prisonniers (Gefangenenlagern) in Frankreich liegen, die Korrespondenz mit der Heimat. All ihre Karten sind französisch geschrieben, obwohl fast niemand von ihnen des Französischen mächtig ist. Sie werden also gezwungen, sich von anderen die Karten schreiben zu lassen. Die Antworten müssen wir ebenfalls französisch schreiben, sodass sie sich diese wieder erst überlesen lassen müssen. Erst jetzt scheint das besser werden zu sollen, denn heute kam zum ersten Male eine Karte in deutscher Schrift an; der betreffende Genosse bittet um Lesestoff, um Bücher. Es wird ihnen offenbar jetzt endlich erlaubt, etwas anderes als „Temps“ und „Matin“ zu lesen, womit man sie bisher reichlich fütterte. Dagegen scheinen die Meldungen, daß das an Gefangene in Frankreich abgeforderte Geld nicht ausgehändigt werde, falsch zu sein: die von hier ausgehenden Sendungen sind jedesmal angekommen, die Bestätigungen der Adressaten weisen das nach.

Vielen kommt es zugute, daß die Schweiz gestattet, die Briefe und Pakete an die Kriegsgefangenen portofrei zu senden, und zwar nach allen kriegführenden Ländern. Umgekehrt dürfen freilich die Soldaten und Gefangenen an ihre Adressaten nur dann portofrei schreiben, wenn es sich um Angehörige handelt. Aber es wird natürlich nicht nachgefordert, ob der „liebe Bruder“ der Adresse auch wirklich der Bruder ist oder nicht. Auf diese Weise kann man gar manchen Genossen mit Lesestoff versorgen, namentlich die in den Lazaretten.

Eine Zuschrift an die „Basler Nachrichten“ bringt als interessanten Beitrag zu dem Thema „Gefangenenlager“ das Erlebnis einer deutschen Familie in Basel. Diese hatte von einem ihr bekannten Franzosen aus der deutschen Gefangenschaft einen Brief voll Anerkennung für die gute Behandlung, die er genoss, erhalten. Sie schritt diesen Teil des Briefes aus und hefte ihn oben auf einen Brief, der an einen Freund in England gerichtet war. In seinem Antwortbrief fragte der englische Empfänger an, was wohl auf dem ihm zugegangenen Brief aufgeklebt gewesen sei. Die Zensur habe das Aufgeklebte konfisziert. — Ein Kommentar zu der Bestimmung des englischen Zensors dürfte nicht nötig sein.

Das Reuterische Bureau berichtet: Zwei Beauftragte des amerikanischen Staatsdepartements, welche die Zustände in den Gefangenenlagern in England, Deutschland und Oesterreich untersuchen sollen, besuchten das Lager in Newbury wegen der Anschuldigung brutaler Behandlung, welche die Deutschen zu erleiden hätten. Die Untersuchung ergab keine Spur einer schlechten Behandlung. Vielmehr stand der Lagerkommandant auf bestem Fuße mit den Gefangenen.

Schade, daß Reuter gerade in diesen Sachen wenig Glauben verdient. Er hätte mindestens berichten müssen, aus welchen Gründen die Empörung ausbrach. Aus Privatberichten hat man inzwischen erfahren, daß dort die Gefangenen tatsächlich noch unter Zelten kampieren.

Das Echo der Verleumdung.

Einige Genossen haben die Meinung ausgedrückt, es sei verkehrt, daß wir die kämpfenden deutschen Soldaten gegen Nachreden in Schutz nehmen, die sie als Horden von Mordbrechern und Räubern hinstellen. Denn, so sagen diese Kritiker im eigenen Lager, es sei nun einmal an dem, daß schlimme Taten auch von deutschen Soldaten verübt würden. Dieses aber haben wir nie bestritten und nirgends hat die Leistung der deutschen Heere so getan, als kommandierte sie lauter Tugendkolben. Aber wir wenden uns mit Recht gegen eine Darstellung, die die Deutschen einer Barbarei zeugt, von der die Kriegsführung unserer Gegner sich vorteilhaft abhebe. Mit Recht erwarten auch unsere Genossen im Felde, daß wir solchen grundverlogenen Behauptungen entgegenreten. Ein Mittel der deutschen Armee ist durch die Schule der Sozialdemokratie gegangen; wir könnten uns begnügen lassen, wenn diese Schule wirklich gar keine sittigende Wirkung ausgeübt hätte. Also auch unserer Partei und den Arbeiterorganisationen sind wir es schuldig, den Verleumdungen entgegenzutreten.

Welche Wirkungen diese Verleumdungen ausüben, wird durch die systematisch das Urteil auch des neutralen Auslandes verwirrt wird, darüber brachte wieder die „Zf. St.“ in ihrer Nr. 331 vom 29. November interessante Beispiele, und zwar mit Daten und Namen belegt, sodass nicht von Erfindungen geredet werden kann. Eins geben wir wieder. An die Barmer Firma La Porte Schöne schrieb die Firma Chevrier & Remel, Möbelfabrik in Genf, Boulevard Helvetique 18, folgenden Brief:

Genf, den 7. Oktober 1914.

Im Besitze Ihres Gesuchten vom 1. dieses Monats und Ihrer Rundschreiben über Deutschland und den Krieg, freut es mich, die Wiederaufnahme der Verbindung benutzen zu können, um Ihnen zu antworten:

1. Entweder sind Sie selbst durch Ihre Regierung geläuscht, indem Sie dumme Lügen und Verdächtigungen, mit welchen Sie überschüttet werden, für Worte des Evangeliums halten, und in diesem Falle können wir Sie aufs lebhafteste beklagen, oder aber 2. Sie sind Mitwissende und in diesem Falle Mitschuldige einer Herde von Banditen, Mördern und Straßenträubern. Durch Ihre Grausamkeiten, Morde und Diebstähle haben Sie sich an der Spitze des Rechts der zivilisierten Welt begeben und Ihr Kronprinzip ist nur der Anführer einer Armee von Einbrechern, denn überall, wo er hinkommt, bricht er die Möbel auf und nicht die Wertgegenstände, um damit auf billige Art und Weise seine Schätze auszuschnüffeln. Binnen kurzem wird sich die ganze zivilisierte Welt gegen Sie erheben und die Vernichtung dieser Armee von Einbrechern verlangen. Sie haben Ihren Untergang gesucht und werden ihn finden und wenn die Welt von den Deutschen gereinigt sein wird, dann wird sie wieder zu leben beginnen. Wir würden uns strafbar machen, wenn wir unsere Geschäftsverbindungen mit Ihnen wieder anknüpfen wollten; denn welchen Wert soll man Ihren Verträgen entgegenbringen, seien es nun wörtliche oder Vereinbarungen auf Papiersehen.

Wenden Sie Ihren Schund anderen an und wagen Sie uns nicht mehr zu kommen, um uns zu be... n.

geg.: Chevrier & Remel.

Wie habnebüchlich muß die Verleumdung der deutschen Soldaten betrieben worden sein, wenn eine Firma in der neutralen Schweiz in einem Geschäftsbrief derartige Tollheiten verbricht, an die sie offenbar glaubt. Jeder deutsche Arbeiter, auch wer den Krieg verabscheut und meint, es hätten eine ganze Menge Angehörige deutscher Armeen sehr Vieles geleistet, wird uns beistimmen in dem Urteil, der Brief verleumde schändlich. Aber dann heißt es auch protestieren. Nicht gegen jeden einzelnen solcher Antwürfe; aber die Haltung der sozialdemokratischen Presse darf keinen Zweifel lassen, daß sie solche allgemeine Behauptungen als das ansieht, was sie sind: schändliche Verleumdungen! Unser Schweigen würde als Zustimmung ausgelegt; es würde heißen: die deutsche sozialdemokratische Presse denkt gerade so, sie darf es unterm Kriegszustand nur nicht sagen. Und so hülfen wir mit dazu, daß nächstens wandernde Genossen im Auslande als „Mitschuldige einer Herde von Banditen, Mördern und Straßenträubern“ gelten. Unsere Soldaten sühnen mit ihren Leibern unsere Grenzen, in tausend Gefahren ringen sie, um uns die Schrecken des Krieges vom Leibe zu halten. Sie gegen Verleumdungen zu schützen, ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit!

Unsicherheit für Zeitungen.

Das stellvertretende Generalkommando des 3. habsburgischen Armeekorps hat durch eine Verfügung vom 27. November das Erscheinen des Reuterischen Papierblattes „Zürcherische Volkstribüne“ abermals bis auf weiteres verboten. Die letzte Nummer des Blattes ist uns nicht zugegangen; wir haben also über den Inhalt des Artikels kein Urteil. Aber das Blatt untersteht der Zensurzensur; der Artikel hätte dem Zensor vorgelegen und war von ihm zugelassen worden. Sollte das Kommando strafen, so hätte es sich an eine andere Adresse wenden müssen.

Trauerbotschaft am Wahltag.

Im Dortmunder Wahlkreis haben in mehreren Orten bei guter Beteiligung die Gemeinderahlen zu unseren Gunsten geendet. Besonders bemerkenswert ist die Wahl in Verahofen. Hier schied nach sechsjähriger Amtstätigkeit der Ge-

nosse Borschitz aus. Er hatte sich in hohem Maße das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erwerben gewußt. Sie hielten ihm deshalb auch die Treue und stellten ihn wieder als Kandidaten auf, obwohl er im Felde stand. Am Freitag wurde gemählt. Am Abend wurde er als wiedergewählt proklamiert. Da traf zur selben Zeit die Trauerbotschaft ein, daß er auf dem Schlachtfeld bei Dirmuiden gefallen sei. Genosse Borschitz war mehrere Jahre Filialleiter der Parteiorganisation und Vorsitzender der Zählstelle des Bergarbeiterverbandes.

Politische „Diebstahls“geschichte.

Die geplante Verschlechterung der weimariischen Gemeindeordnung hat noch zu einem Prozeß geführt. Bekanntlich wurde der Entwurf der neuen Gemeindeordnung, die die Absichten der Regierung enthüllte, vorzeitig veröffentlicht, was der Regierung sehr fatal war; im Landtage gab sich der Kerger in Reben über „Menschenraub“ und „Schleierei“ kund und die weimariische Regierungspresse entrüstete sich über den Fall, als wenn ein Staatsverbrechen geschehen sei. Ein umfangreiches Verfahren wurde eingeleitet und kam jetzt vor dem Schöffengericht in Weimar zum Abschluß. Zwei Redakteure der „Weimarschen Volkszeitung“ waren der Schleierei beschuldigt; zwei Buchdrucker, die in dem Geschäft in Arbeit standen, wo der Entwurf gedruckt worden ist, waren des Diebstahls angeklagt. Wie der Buchdruckerbesitzer selbst ausfragte, läßt es sich nur um einen ganz wertlosen Vorrichtebogen handeln. Der Beweis, daß ein solcher Bogen der Redaktion zur Verfügung gestellt worden sei, war nicht erbracht; deshalb erfolgte die Freisprechung der Redakteure von der Anklage der Schleierei. Hingegen hielt das Gericht an der Auffassung fest, daß es sich auch bei einem wertlosen Vorrichtebogen, wenn ihn ein Buchdrucker an sich nimmt, um ihn zu lesen, um einen Diebstahl handle. Allerdings sei das Vergehen nur milde zu beurteilen, und es wurde dementsprechend die Mindeststrafe von einem Tag Gefängnis über jeden der beiden Buchdrucker verhängt.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die preussische Eisenbahnverwaltung gibt bekannt, sie habe rund 250 Millionen Mark Ausgaben, die sonst sonst fallen würden, zur Förderung der Erwerbstätigkeit aufgewendet. Die Zahl derjenigen Personen, die durch diese Maßnahme der Eisenbahnverwaltung Arbeit gefunden haben, lasse sich bei halbjähriger Arbeit auf über 150 000 schätzen.

Der preussische konservative Landtagsabgeordnete Oberförster Ernst Meyer ist am 23. November gefallen.

Der Brandmeinausschank wurde im Regierungsbezirk Aachen und angrenzenden Gebieten verboten.

Auf der schlesischen Gebirgsbahn Glatz-Dittersbach sind von einer Anzahl Frauen, die auf offener Bahnstraße in der Nähe von Rüsteggersdorf den Soldaten eines Militärzuges Liebesgaben in die Abteile reichten, durch einen den Militärzug überholenden Personenzug drei überfahren und getötet worden.

Kriegsdepeschen 1914 (40 Pfennig, Verlag Bohl & Rüdard, Berlin). Der dritte Kriegsmonat sah als wichtigste Ereignisse in seinem Beginn die Belagerung und den Fall Antwerpen, an seinem Ende das Vordringen der Türken gegen die gemeinschaftlichen Feinde. Das allmähliche Fortschreiten der Dardanelles auf dem Kriegstheater läßt sich zu Hand der zusammengestellten Kriegsdepeschen aufs beste verfolgen.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Reichstagsfraktion trat am Sonntagvormittag zu ihren Beratungen zusammen. Die Mitglieder der Fraktion waren fast vollständig erschienen. Der Vorsitzende der Fraktion, Genosse Gaase, widmete den verstorbenen Genossen Dr. Frank und Wegner einen warmen Nachruf. Die Fraktion trat dann zunächst in die Beratung der neuen Kriegskredite ein.

Vor den Toren von Verdun.

Casafino-Menda, dem Berichterstatter des „Giornale d'Italia“, ist es gelungen, bis unter die Wälle von Verdun zu gelangen. Er berichtet über die nicht ungefährliche Reise: „Bei dem Heranstreten aus dem Walde müssen wir“, schreibt der Italiener, „das Automobil verlassen, denn die Straße, die nach St. Mihiel führt, liegt in der Feuerzone der Forts von Verdun und wird von diesen beschiessen. Stundenlang schon donnern die Kanonen in kurzen Zwischenräumen. Im Rauffschritt traben wir nach St. Mihiel, einem reizenden Städtchen, das der Krieg wunderbarerweise bisher verschont hat, obwohl schon seit Tagen im ganzen Gelände die Gölle entseffelt zu sein scheint. Befindet sich doch gerade hier der Brennpunkt der berühmten Befestigungslinie Verdun-Toul. Da, wie gesagt, die Stadt noch fast ganz unversehrt ist, haben die Bewohner sie noch nicht verlassen. Während man sonst in den lothringischen Ortschaften nur noch alte Frauen und Kinder trifft, fehlt es hier nicht an kräftigen Männern. Und zwischen ihnen und den deutschen Eroberern herrscht ein Verhältnis, das die Schauererfüllung von den „Barbaren“ durchaus lägen zu strafen geeignet ist.“

Noch draußen vor den Toren tobt die Kriegsfurie. Von Toul und Génicourt donnert in regelmäßigen Zwischenräumen das schwere Geschütz. Hier haben die Deutschen große Geschlagen, um über die Mosel zu gehen. In der kurzen Zeit von sechs Tagen haben die deutschen Pioniere unter dem mörderischen Feuer der eingegrabenen französischen Infanterie, die die verzweifeltsten Anstrengungen machte, den Brückenbau zu verhindern, eine Brücke gebaut. Und zwar eine solide breite Brücke mit richtigen T-Trägern, die stark genug ist, den schweren Geschützen der Belagerungsgeschütze den Übergang zu gestatten. Wenn man bedenkt, daß dieses geborgene Bauwerk unter dem mörderischen Feuer des Feindes entstanden ist, so ist man versucht, an eine übermenschliche Leistung zu glauben. Wie viele von den Pionieren mögen bei diesem historischen Bau ihr Leben gelassen haben! Und wie klughart mühen die Nerven dieser Männer sein, die ruhig Balken und Träger zum Brückenwerk berechnen, während der Tod ihre Weiden kitzelt. Sechs Tage und sechs Nächte dauerte die Arbeit, die beständig der Tod unterbrach, und die von den Feldern gleichwohl ruhig weitergeführt wurde in einem bewundernswerten Ringen zwischen Tod und Menschenkraft! Und der Mensch siegte. Aber der Kampf nahm auf der eroberten Welle wieder seinen Fortgang. Die Scharen, die die von dem Blute der Erbauer gerötete Brückensohle

überschritten, befanden sich im Angesicht eines Feindes, der die sechs Arbeitstage dazu benutzt hatte, sich zum furchtbaren Vordräng zusammenzuschließen. So entspann sich jenseits des Flusses ein entsetzliches Morden. Schließlich wurden die Franzosen auf Verdun zurückgeworfen. Aber auf dem Kampfplatz türmten sich die Leiden der Deutschen und Franzosen zu Haufen, die hier und dort die Höhe eines ausgewachsenen Mannes erreichten.

Verdun! Zum fünften Male verzeihmet die Weltgeschichte den Namen der Stadt mit blutigen Letztern, der Stadt, in der der berühmte Vertrag geschlossen wurde, der nach dem Auspruch König Friedrich Wilhelms IV. die Geburt Deutschlands bedeutet. Die Festung von heute ist freilich nicht mehr dieselbe, die Sebastian le Pretre, der Architekt und Marschall, für den Sonnenkönig erbaute. Nach dem Kriege von 1870 neu besetzt, um dem gewaltigen Weh als Gegenwehr zu dienen, umschließt die Stadt heute ein Festungsgürtel von 16 Forts, die untereinander durch Batterien und gedeckete Stellungen verbunden sind. Verdun beschränkt sich jetzt aber ausschließlich auf die Verteidigung. Die schwere deutsche Artillerie befindet sich in einer Entfernung von den Festungswerken, die niemals 14 Kilometer überschreitet. Wir gelangen zu der Batterie, die den Nordwestausgang von Verdun beherrscht, und die eben dabei ist, in Aktion zu treten. Mit den wundervollen Scherenrohrrohren können wir klar und deutlich nicht nur die 14 Kilometer entfernten Werke erkennen; wir entdecken in derselben Entfernung sogar eine Gruppe von drei französischen Artilleristen am Geschütz. Die bis zu acht Kilometer vor die Batterie geschobenen Vorposten signalisieren telephonisch die Wirkung der abgefeuerten Schüsse. Der Fernsprecherdraht läuft von Baum zu Baum, und gelangt auf diesem Wege in die ungewöhnlichste aller Telefonzellen: in eine unterirdische Höhle, in der der Telephonist auf dem Bauche liegt und mit dem Hörer am Ohr lauscht. Sieben Schüsse sind abgefeuert, als der Befehl kommt, das Feuer einzustellen, da der eingebuddelte Telephonist inzwischen die Meldung gemacht hat, daß sich der Feind zurückgezogen hat. Als wir nordwärts wieder nach Saint Mihiel gehen, wo die deutschen Soldaten und die französischen Bürger gemühtlich, wenn auch wegen der schweren sprachlichen Verständigung schweigend vor den Kanonen stehen, haben wir den Eindruck, als wenn wir aus dem Kampfe wohl unversehrt in den tiefsten Frieden versetzt wären. Aber wir werden gleich daran erinnert, daß wir uns in einer Täuschung befinden. Darüber belehren uns zur Genüge drei vermundete Soldaten, die zweihundert Meter von der Brücke

entfernt von Granatplittern getroffen wurden und in die Stadt geführt werden, ein deutlicher Beweis, daß nicht unsern von dem ruhigen Städtchen der Krieg sein mörderisches Werk vollbringt.

Das ist ja überhaupt das charakteristische Kennzeichen des Krieges: Wochen und Monate des Kampfes, ein beständiges Hin und Her vorrückender und weicherer Massen, eine Welt von tausend Einzelheiten, von tausend Episoden, die sich auf weitgedehnten Kampfgebieten abspielen. Hier ein wilder Bajonetangriff, um eine Stellung zu erobern, und ein paar Kilometer von dem Gehimmel entfernt eine Rückwärtsbewegung. Und das alles als Ergebnis der Befehle unsichtbarer Führer, die ausgeführt werden, ohne daß man ihre Absicht und ihr Endziel kennt. So kämpft man Tage und Wochen geduldig und unermüdet, denn die geringste Aenderung einer Ungeduldsummung könnte nur zu leicht eine Niederlage besiegeln. Es ist ein Krieg, der Nerven von Stahl und Eisen verlangt.“

Bücher und Schriften.

Der Arbeiter-Kalender 1915 (Berlin, Fortwärtshandlung) gelangt heute zur Ausgabe. Er ist in seinem Inhalt außerordentlich reichhaltig und vielseitig. Wie es der Zeit entspricht, sind die Kriegs- und Militärfragen in den Vordergrund getreten. Wir nennen einiges davon: Der Krieg im Völkervertrag. Eine Abhandlung von Franz Dieberich. — Aus dem Sprachschatz der Kriegssprache. Gemeinverständliche Erläuterungen militärischer Fachausdrücke von Ernst Däumig. — Kriegsgeschichtliches. — Lösung der Soldaten. — Unterführung der Angehörigen der zum Krieg Eingezogenen. — Die Versorgung der Kriegsteilnehmer bei Dienstbeschädigungen. — Kriegsversorgung der Hinterbliebenen. — Deutsch-französischer Sprachwörterbuch. Mit besonderer Berücksichtigung der für den Kriegsdienst wichtigsten Worte. — Fall der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder der Zentralverbände usw. — Auch der den allgemeinen Interessen gewidmete Inhalt ist sehr reichhaltig, so zum Beispiel: Arbeiterbeschränkung. Eine Abhandlung von Dr. Jabel. — Alle für Arbeiter wichtigen Adressen. — Entwicklung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. — Volkserziehung. — Internationale Gewerkschaftsbewegung. — Fortschritt. — Lohnverwendungsabelle. — Kalenderium. — Kalendrium. — Wie die kurze Inhaltsübersicht zeigt, ist der Kalender nicht nur für jeden seinen Beruf nachgehenden Arbeiter ein unentbehrliches Taschenbuch. Auch unsere im Felde stehenden Soldaten werden ihn gewiß dankbar begrüßen und ihn als getreuen Ratgeber benutzen. Er sollte darum auch recht fleißig zu Weihnachtsgeschenken für unsere Soldaten Verwendung finden. Der Preis beträgt gebunden 50 Pfennig. Vorwärts! ist der Kalender in allen Volksbuchhandlungen, sowie direkt beim Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Krieg und amerikanische Wahlen.

Die November-Wahlen in den Vereinigten Staaten haben eine politische Nachberaubung von erheblicher Größe gebracht. Sieger wie Unterlegene sind über den Wahlausgang erstaunt; weder konnten die Republikaner einen derartigen Erfolg, noch die demokratische Partei einen solchen Rückschlag erwarten. Vor zwei Jahren gingen die Demokraten mit einer Mehrheit von 163 Unterhausmitgliedern aus der Wahl hervor; diese Zahl ist nun auf 11 zusammengeschrunken. Und es ist noch keineswegs ausgemacht, daß die endgültige Stimmzählung diese geringe Mehrheit nicht noch mehr verringert. Aber auch wenn dies nicht eintritt, so ist diese zahlenmäßige Überlegenheit verzeigend gering für eine Partei, die der amerikanischen Politik einen neuen, einen volkswilligen Kurs zu geben verspricht und die noch den besten Teil ihrer Versprechungen zu verwirklichen hat.

Aber damit ist der Rückschlag der demokratischen Partei noch nicht ganz dargetan. Die Fahnenflucht ihrer Anhänger zeigt sich in gleich hohem Maße bei den Statthalterwahlen. In dem für die Herrschaft einer Partei überaus wichtigen Staate New York ist die Niederlage der demokratischen Regierungspartei geradezu verblüffend. Vor zwei Jahren erhielt der Demokrat Sulzer als Statthalterkandidat eine Mehrheit von 205 000 Stimmen, jetzt der Republikaner Whitman eine von 131 000. Die politische Bedeutung dieser Niederlage ist erst ganz zu würdigen, wenn man weiß, daß der Präsident Wilson seine Minister für den demokratischen Kandidaten Glyn auf Wahltagitation schickte und er selbst wiederholt erklären ließ, daß er jede gegen seinen Parteigenossen abgegebene Stimme als gegen seine Verwaltung abgeben betrachte. Und trotzdem oder gerade deswegen der niederschmetternde Mißerfolg.

In dem Heimatstaate des Präsidenten Wilson, in New Jersey, der von jeher als eine demokratische Hochburg galt, ist ebenfalls der Demokrat durch einen Republikaner abgelöst worden. Die Fahnenflucht der demokratischen Anhänger ist fast in allen Oststaaten, das sind die völlerreichsten Gebiete der Union, allgemein; und wäre nicht im Süden und im Westen der Besitz gehalten worden, hätte die Wilsonsche Regierung einer republikanischen Mehrheit im Unterhaus gegenübergestanden.

Nebenbei bemerkt hat auch Roosevelt, mit der von ihm gegründeten progressivistischen Partei trotz großer Geldmittel und heftiger Agitation völlig Schiffbruch gelitten.

Der Staat New York wird als das Wetterzeichen der amerikanischen Politik angesehen. Die Partei, die dort zwischen zwei Präsidentenwahlen siegt, hat begründete Aussicht, bald ins Weiße Haus zu Washington zu kommen. Das hieße also daß 1916 die Republikaner die Bundesregierung wieder besetzen. Und die Ablösung der Demokraten durch die Republikaner bedeutet vor allem die Rückkehr zum Hochschutzzoll, zu der die Interessen der Trusts fördernden arbeiterfeindlichen Politik.

Woher kommt nun dieser unerwartete Umwandlung? Wenn sich so viele Tausende von Bürgern schon wieder von den Demokraten abwenden, noch ehe sie genügend Zeit und Gelegenheit hatten, zu zeigen, ob sie imstande oder gewillt sind, ihre Wahlversprechen einzulösen, so mußten sie sehr gewichtige Gründe haben. Gewiß hat die Schwundwirtschaft der demokratischen Tammany Hall der Wilson-Partei Abbruch getan, auch der rollende Dollar der Gegner der Wilsonschen Politik, der Trusts, wird wirksam gewesen sein. Allein der große Stimmungswandel ist damit nur teilweise erklärt. Die Hauptursache des Abfalls der starken Wählerhaufen ist besonders in den Oststaaten, in der Kriegspolitik der Regierung, zu suchen. Bisher war es das Kriegsabenteuer in Mexiko, das trotz der gegenteiligen Versicherungen letzten Endes doch nur darauf hinauslief, die Bundesarmee und Bundeskasse zur Sicherung großkapitalistischer Interessen zu mißbrauchen, wie es nicht schlimmer eine republikanische Regierung getan hätte. Dazu kam dann die ziellos hin- und herschwankende Haltung Wilsons gegenüber den Kriegsmächten Europas, eine Bankrottmutigkeit, die man vielleicht mit der Gutmütigkeit des Professors im Weißen Haus entschuldigen kann, die aber durchaus nicht dem Willen großer Schichten der amerikanischen Bürgerschaft entspricht. Sie verlangen für die gegenwärtige schwer bewegte Zeit eine konsequente Politik. Als solche vermögen sie aber nicht die Wilsons zu halten, die heute strikte Neutralität proklamiert und morgen Anleihen für Frankreich und England zuläßt, nachdem es Deutschland gelungen ist, selbst seine Kriegskasse zu füllen; die heute einen Betrag für den Frieden der europäischen Nationen zu veranlassen heißt, und morgen Waffen und Schießbedarf für Engländer und Franzosen liefern läßt; die es zuläßt, daß amerikanische Schiffe von England aufgebracht und nach Kontrebande untersucht werden, was sich selbst die schwachen amerikanischen Kolonien vor hundert Jahren nicht gefallen ließen. Für solche Inkonsistenzen und Demütigungen haben die amerikanischen Bürger kein Verständnis, am allerwenigsten die der Oststaaten.

Die östlichen Gebiete der Union bergen eine nach Hunderttausenden zählende Bevölkerung deutscher, irischer und österreichisch-ungarischer Ursprungs. Sie vermögen die Bedeutung des Krieges in Europa zu würdigen. Sie fordern strikte Neutralität auch gegen Engländer und Franzosen, die Verbündeten Russlands und Japans. Eine Partei oder eine Regierung aber, die die christliche Neutralität nicht zu halten weiß, unterstützen sie nicht. Die Wahl brachte ihnen die Gelegenheit, ihre Ansicht über die von Wilson betriebene Politik kundzugeben. Diese Kundgebung ist in den Oststaaten am deutlichsten, also dort, wo die Deutschen und Iren am zahlreichsten vertreten sind. Ob die Regierung Lehren aus dieser Wahl zu ziehen weiß, muß allerdings erst die Zukunft zeigen.

Eine Enttäuschung blieb auch den Sozialisten nicht erspart. Der Genosse Berger, der 1910 bis 1912 als Vertreter des 2. Wahlkreises von Milwaukee dem Repräsentantenhaus (zweite Kammer des Bundes-Parlaments) angehörte, unterlag abermals, weil alle Gegner sich verbündet hatten. Dafür schied er auf der unteren Seite von Manhattan gelegene 12. Kongress-Wahlkreis von New York in dem Anwalt Meher London zum ersten Male einen Sozialisten ins Repräsentantenhaus, sodas unsere Partei nach zweijähriger Unterbrechung wieder im Kongress vertreten ist.

Glänzende Erfolge erzielte die Sozialdemokratie im Staate Oklahoma, der 3. sozialistische Landtagsabgeordnete und 2 sozialistische Senatoren in sein bisher sozialistisches Parlament erkor. Die sozialistische Stimmzahl stieg von 42 000 vor zwei Jahren auf über 70 000 bei insgesamt 220 000 abgegebenen Stimmen. Während in den Vereinigten Staaten 1908 424 000 und vier Jahre später 921 000 sozialistische Stimmen abgegeben wurden, sind es dieses Mal weit über eine

Million (die genaue Zahl ist noch nicht ermittelt), obwohl die Wahlbeteiligung am Dienstag weitaus geringer war als vor zwei Jahren.

In Pennsylvania und in Minnesota gewannen wir je ein, in Californien drei (4 statt bisher 1) Abgeordneten-Mandate, in Minnesota außerdem ein Senatsmandat. Unter den sozialistischen Volksvertretern Californiens befindet sich eine Frau, die Genossin Estelle Rawton Lindsey. In Illinois behaupteten wir unsere drei, in Kansas und Massachusetts je ein Abgeordneten-Mandat. Alles in Allem brachten die Sozialisten 1 (bisher keinen) Repräsentanten, 22 (bisher 15) Landtagsabgeordnete und 4 (bisher 1) Staats-Senatoren durch. Zahlreiche Erfolge sind bei den County (Bezirks-) und Kommunal-Wahlen zu verzeichnen.

Verwundete und gefallene Krieger aus dem Verbreitungsgebiet der „Volksstimme“.

Landwehr-Infanterieregiment Nr. 81, Frankfurt a. M. Bernhardstein bei Marlich am 2. und 3., und Luffe am 5. Nov. 1. Kompagnie: Pfeldw. Offz. Stells. Arnold Lub, Mohl bei Landau, l.w. — Gefr. Jakob Vied, Frankfurt a. M., tot. — Jakob Knög, Gelsbach, tot. — Karl Goldner, Goldbach, tot. — Antoffz. Seimr. Schwarz, Kagenelshagen, Schw. — Albert Diemar, Frankfurt a. M., l.w. — Theodor Eigel, Bonn, l.w. — Viktor Guth, Andlau, l.w. — August Gaija, Frankfurt a. M., l.w. — Hermann Gapp, Frankfurt a. M., l.w. — August Hornung, Geiselbach, l.w. — Joseph Hörner, Eiersheim, l.w. — Leo Jodel, Frankfurt a. M., l.w. — Karl Keller, Donaueschingen, l.w. — Joh. Lipp, Darmstadt, l.w. — Ludwig Rühl, Neumed, l.w. — Sigm. Neubauer, Achsbach, l.w. — Georg Preiß, Frankfurt a. M., l.w. — Gefr. Karl Pröls, Ebersbach, l.w. — Ludwig Waller, Frankfurt a. M., l.w. — Friedrich Neuroth, Frankfurt a. M., l.w. — Linus Blum, Beralshausen, l.w. — Konstantin Jäger, Frankfurt a. M., l.w.

2. Kompagnie: Offz. Dienst. Konrad Gossing, Breslau, Schw. — Antoffz. Philipp Heister, Frankfurt a. M., tot. — Gefr. Eduard Hofmann II., Stuttgart, tot. — Gefr. Adam Reich, Frankfurt a. M., tot. — Gefr. Wihl. Rehrig, Herda, l.w. — Gefr. Anton Rehrer, Regen, l.w. — Wilhelm Anau, Frankfurt a. M., l.w. — Friedrich Kemmer, Berthheim a. M., l.w. — Otto Hart, Aulstein, l.w. — Paul Goldammer, Freiberg, l.w. — Friedrich Jodel, Frankfurt a. M., l.w. — Wilhelm Eiler, Frankfurt a. M., Schw. — Heinrich Schember, Otzenberg, l.w. — Fritz Ballattkewicz, Frankfurt a. M., l.w. — Georg Karl Endemann, Frankfurt a. M., l.w. — Gefr. Ludwig Kaus, Siegen, l.w. — Gefr. Wihl. Christian Klinger, Frankfurt a. M., l.w. — Antoffz. Jakob Heun, Lahr, l.w. — Johann Geislinger, Schäfersheim, l.w. — Max Weimann, Cranzahl, l.w. — Peter Mumm, Oberkreißig, l.w. — Antoffz. Rud. Korte, Allerdorf, l.w. — Gefr. Heinrich Christoph, Braunheim, l.w.

3. Kompagnie: Antoffz. Valentin Herberich, Wiesfeld, l.w. — Georg Richard, Sedbach, tot. — Philipp Metz, Reichen, Schw. — Erich Reinecke, Stettin, Schw. — Wihl. Pauscher, Sedbach, Schw. — Friedrich Kahn, Budesheim, l.w. — Leonhard Postamer, Poffenbeim, Schw. — Leonhard Gerhäuser, Ergersheim, l.w. — Meier Goldschmidt, Wiebrich, l.w. — Antoffz. Franz Sturm, Frankfurt a. M., l.w. — Johann Peter Winterbauer, Lobensfeld, Schw. — Joseph Kreh, Sarrad, l.w. — Antoffz. Friedr. Friede, Kassel, l.w. — Rudolf Man, Frankfurt a. M., l.w. — Gefr. Robert Widdersheim, Vordorf, l.w. — Antoffz. Adolf Puhmann, Berlin, l.w. — Otto Sprengel, Reichelsheim, Schw. — Emil Kahn, Kaiserlautern, l.w. — Johann Dille, Neumagen, l.w. — Ernst Gerhanmeyer, Ebingen, l.w. — Richard Fleische, Debschütz, l.w. — Joseph Wang, Döttingen, l.w. — Theodor Kiebele, Stuttgart, Schw. — Antoffz. Artur Rosenheimer, Bühl, Schw. — Gefr. Alberius Geisler, Heustren, l.w.

4. Kompagnie: Hermann Dammalf, Reulingen, tot. — Melchior Tuhm, Weiststeinbach, tot. — Phil. Maul, Brandau i. O., tot. — Max Groß, Frankfurt a. M., tot. — August Reichert, Rappach, l.w. — Johann Bades, Frankfurt a. M., l.w. — Christian Reister, Rieberschbach, l.w. — Georg Goh, Frankfurt a. M., l.w. — Peter Fied, Kröppendorf, l.w. — Heinrich Freund, Frankfurt a. M., l.w. — August Ebert, Frankfurt a. M., l.w. — Georg Krieger, Waldenhausen, l.w. — Alex Gärtner, Frankfurt a. M., l.w. — Antoffz. Karl Pottian, Frankfurt a. M., l.w. — Jakob Prensenshubl, Frankfurt a. M., l.w. — Philipp Ehrich, Hofsberg, obermalms l.w. — Robert Kraft, Weineberg, l.w. — Hans Georg, Frankfurt a. M., l.w. — Wilhelm Antes, Frankfurt a. M., l.w.

10. Kompagnie: Lt. d. L. Karl Töpner, Wingerla, l.w. — Pfeldw. Bernhard Barth, Frankfurt a. M., tot. — Adam Staab, Frankfurt a. M., l.w.

12. Kompagnie: Gefr. Peter Göbel, Sonames, tot. — Heinrich Eulhardt, Holsch, tot. — Franz Heeren, Bonn, l.w. — Albert Jacob, Köttingen, Schw. — Emil Mai, Rheslowitz, l.w. — Gefr. Wihl. Schäffer, Reiche, l.w.

Kaiser Alexander Garde-Grenadierregiment Nr. 1, Berlin: Antoffz. Fritz Jung, Bodenheim, l.w.

Lehr-Infanterieregiment, Potsdam: Ernst Thomas, Sedbach, l.w. — Gefr. Heinrich Kogut, Frankfurt a. M., l.w. — Edmund Reide, Frankfurt a. M., l.w. — Reinhard Storf, Diebrich, l.w. — Jakob Klaus, Freudenberg, l.w.

Reserve-Griegeregiment Nr. 4: Optm., vcrantw. d. R., Kaulen, Frankfurt a. M., l.w.

Reserve-Infanterieregiment Nr. 20: Philipp Stroh, Sprendlingen, tot.

Reserve-Infanterieregiment Nr. 222, Siegen: Pfeldw. Daniel Dört, Hanau, l.w. durch Frontireus. Garde-Kürassier-Regiment, Berlin: Rudi Kern, Marburg, l.w. Dragoner-Regiment Nr. 5, Hofgeismar: Ernst Frhr. v. Verschuer, Marburg, tot. — Vamadm. Job. Köster, Marburg, tot. Dragoner-Regiment Nr. 6, Mainz: Ernst Schuster, Frankfurt a. M., l.w.

Infanterie-Regiment Nr. 117: Fahnenj. Josef Schardt, Wiesbaden, l.w. — Antoffz. Ernst Reuter, Otriffel, l.w. — Anton Romack, Ried, l.w. — Karl Schöffner, Köppern, l.w. — Andreas Koch, Soffenheim, tot. — Emald Bette, Vordorf, tot. — Gefr. Josef Böhm, Griesheim, l.w. — Anton Sittig, Gattersheim, l.w. — Jakob Seif, Budesheim, l.w. — Antoffz. Ernst Keminger, Grenzhausen, l.w. — Franz Bender, Hofheim, l.w. — Feldw. Ernst Lautfisch, Bodenheim, l.w. — Karl Schurz, Döckel, l.w. — Heinrich Großhans, Friedberg, l.w. — Antoffz. Josef Kreuner, Ober-Wörlan, l.w. — Wihl. Conie, Rangen, l.w. — Gustav Schmid, Bidingen, l.w. — Jakob Haufer, Flörsheim, l.w.

Reserve-Infanterie-Regiment, Weh: Ludwig Pieseneder, Frankfurt a. M., l.w. — Heinrich Löffler, Pödenrod-Gelnhausen, l.w. — Lt. d. R. Hans Nordorf, Marburg, tot. — Georg Wolfram, Frankfurt a. M., l.w. — Alex Schraun, Frankfurt a. M., l.w. — Karl Müller, Frankfurt a. M., l.w.

Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 51, Kassel: Vamadm. u. Offz. Dienst. Alfred Verbeke, Frankfurt a. M., l.w. 2. Bayerisches Infanterie-Regiment, Landau: Friedrich Zimmelmann, Wiesbaden, l.w.

Neues aus aller Welt.

Das feldgraue Modestück im Gerichtssaal.

Aus Salzburg wird berichtet: Vor dem Strafrichter des Salzburger Bezirksgerichts standen Samstag der hier im Ruhestand lebende Hofrat Lammasch als Angeklagter, die Ingenieursgattin Marie Feisen als Klägerin. Hofrat Lammasch hatte auf der Straße an der etwas auffallenden Kleidung der Klägerin, die ein modernes feldgraues Kostüm trug, Kritik geübt, durch die sich die Deme in ihrer Ehre verletzt fühlte. Hofrat Lammasch erklärte vor dem Richter, daß er die ihm völlig unbekannt Dame nicht persönlich beleidigen wollte und zu einer freiwilligen Spende für Kriegsfürsorgewecke bereit sei. Das Motiv seiner Kritik dürfte durch eine Erklärung freilich nicht berührt werden. Beim Anblick der ergentzigen Kleidung sei er empört darüber gewesen, daß durch die Kopirgen von Modedamen das soldatische Ehrenkleid, in dem Tausende dem Vaterland ihr Blut und Leben opfern, zu einer operettenhaften Parodie gemacht und zu einem Maskenkostüm profaniert werde. Demgegenüber versicherte die Klägerin, daß sie das Kleid aus Liebe zu ihrem als Landsturmmoffizier eingetradten Gatten getragen habe. Der Richter brachte schließlich einen Ausgleich zustande. Hofrat Lammasch erklärte, daß er nicht die Absicht hatte, die Ehre der Klägerin herabzusetzen, und es bedauern würde, wenn jemand seine Kritik als Beleidigung der Klägerin empfunden hätte. Gleichzeitig erlegte er eine freiwillige Spende von 150 Kronen für Kriegsfürsorgewecke und erklärte sich bereit, von den Klagekosten der Klägerin den Betrag zu vergüten, den der Richter für angemessen erachtet. Daraus wurde die Klage zurückgezogen und Hofrat Lammasch freigesprochen.

Wiesbadener Theater.

Residententheater.

Montag, 30. Nov., 1/8 Uhr: Marcel Salzer-Abend. Dienstag, 1. Dez., 7 Uhr: „Alles mobil!“ Mittwoch, 2. Dez., 7 Uhr: „Die deutschen Kleinstädter.“ Donnerstag, 3. Dez., 7 Uhr: „In Behandlung.“ Freitag, 4. Dez., 8 Uhr: 6. Volksvorstellung: „Maria Theresia.“

Königliches Theater.

Montag, 30. Nov.: Geschlossen. Dienstag, 1. Dez., 7 Uhr, Ab. 8.: „Der Kompagnon.“ Mittwoch, 2. Dez., 7 Uhr, Ab. 8.: neu einstudiert: „Das Nachtlager in Granada.“ Hierauf: „Die Verlobung bei der Laterne.“ Donnerstag, 3. Dez., 7 Uhr, Ab. 8.: „Der fliegende Holländer.“ Freitag, 4. Dez., 7 Uhr, Ab. 8.: zum erstenmal: „Kollege Crampton.“ Samstag, 5. Dez., 7 Uhr, Ab. 8.: „Hoffmanns Erzählungen.“ Sonntag, 6. Dez., 6 Uhr: „Götterdämmerung.“ Ab. 8. Montag, 7. Dez., 7 Uhr: „Kollege Crampton.“ Ab. 8.

Telegramme.

Italienische Rekruteneinberufung.

Zürich, 28. Nov. (D. D. P.) Italienischen Meldungen zufolge werden die italienischen Rekruten des Jahrganges 1915 schon im Januar eingereicht werden. Ein Erlaß verbietet die Einberufung einer Anzahl höherer Offiziere, die bisher zur Verfügung gestellt waren. Von der Marine sind die Unteroffiziere der Jahrgänge 1875 bis 1881 zum Dienst einberufen worden. Der „Avanti“ erhebt entschieden Einspruch gegen den unwürdigen Ton, mit dem die russischen Zeitungen seit einigen Tagen Italien beeinflussen wollen.

Frauen!

wenden sich in allen Fällen an Fr. Schworm, Dögheim bei Wiesbaden, Bledbadenerstraße 44, Electr. Postfach 115.

Billige Geschenke

geeignet für solche, die „Jugend“ und „Simplissimus“ noch nicht kennen, sind die Probe-Bände. Jeder Probe-Band enthält eine Anzahl alterer Nummern in elegantem farbigem Umschlag und kostet nur „Jugend“ 50 Pfg. „Simplissimus“ 35 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49. Billige Speisen und Getränke.

Kegebahn und angenehme Aufenthaltsräume. hält sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen. 01878

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Am 5. September starb den Heldentod fürs Vaterland

Herr Oberlehrer

Paul Eckert

Leutnant der Reserve im Infanterie-Regiment No. 82.

Nur 2 Jahre hat er dem Kollegium des städtischen Lyzeums I und Oberlyzeums angehört. Aber er hat sich in dieser kurzen Zeit als einen Lehrer von grosser Berufsfreudigkeit und seltener Unterrichtsgabe erwiesen. Ehre seinem Andenken!

Wiesbaden, den 27. November 1914.

Für den Magistrat: Glässing, Oberbürgermeister.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Wiesbaden.

Todes-Anzeige.

Im Alter von 18 Jahren verschied plötzlich am Freitag unser Bundesgenosse

Karl Schützenhaus.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Dienstag vormittag 10 Uhr auf dem Südfriedhof statt. Die Ortsverwaltung.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 30. November 1914.

Kleinhandelspreise für Petroleum.

Der preussische Minister des Innern weist in einem Erlass an die nachgeordneten Regierungsstellen darauf hin, daß die Großhandelspreise für Petroleum bis jetzt nicht erhöht worden sind. Trotzdem werden im Kleinhandel bis zu 40 Pf. pro Liter verlangt. Die Behörden, denen die Festsetzung von Kleinhandelspreisen übertragen ist, werden darauf hingewiesen, daß sie auf der Grundlage des für ihren Bezirk geltenden Großhandelspreises, über den sie un schwer bei einer der Einfuhrfirmen Auskunft erhalten werden, einen Kleinhandelsverkaufspreis festsetzen können, sobald sich ein Bedürfnis dafür geltend macht. Dafür wird ein Preiszuschlag von 4 Pf. für das Liter auch während des Krieges für den Kleinhandel im allgemeinen ausreichend sein. Nach Lage der Sache wird es sich empfehlen, den Kleinhandelspreis überall so festzusetzen, daß er den Großhandelspreis des Bezirks nicht um mehr als 4 Pf. für das Liter übersteigt, wobei darauf zu achten sein würde, daß von den Behörden der Kleinhandelspreis für Erdöl nirgends über 25 Pf. hinaus festgesetzt wird. Der Erlass mahnt schließlich zu größter Sparsamkeit im Verbrauch und empfiehlt, wo es irgend tunlich ist, die Verwendung von Elektrizität, Gas oder Spiritus.

Warnung vor Bücherreisenden.

Ein Schwarm Reisender ist von Berliner und Leipziger Buchhandlungen gegenwärtig auf das Publikum losgelassen. Die patriotische, militärische und andere Werke unter Anwendung erfäullicher Jugenderfahrungen anzubringen suchen. Es sind vielfach Lieferungswerke, deren Ertrag angeblich für einen guten Zweck bestimmt sein soll. Es wird eine Unterdrückung unter einem Vorkauschein verlangt, den die meisten Verkäufer gar nicht lesen und erst zu spät gewahr werden, daß sie sich für den Bezug eines Werkes von 50 bis 60 Mark verpflichtet haben. Also Vorsicht!

Bekämpfung der Schnakenplage. Der Magistrat erinnert an die Bekämpfung der Schnaken, die im November ihr Winterquartier in Kellern, Gewächshäusern, Schuppen, Ställen, Heutischen und dergleichen aufsuchen und an Decken und Wänden eine Art Winterschlaf halten. Die Vernichtung erfolgt durch Verwendung eines geeigneten Mäulerpulvers oder durch Abhängen der Wände und Decken und durch Abstreifen mit tödlich wirkenden Flüssigkeiten. Das Abhängen muß jedoch im Laufe des Winters öfter geschehen, und zwar zum letztmalig am Anfang März. Der Magistrat entsendet gegen Erstattung von 1 Mark für jedes Mäulergefäß oder andere zusammenhängende Raumgruppen sachverständige Desinfektoren zur Vornahme der Vernichtungsarbeiten. Die Haus- und Grundstücksbesitzer sind auf Grund einer Polizeiverordnung verpflichtet, die Vernichtung zu betreiben, Hausbesitzer und Mieter sind verpflichtet, den zur Ueberwachung und zum Vollzug der vorgeschriebenen Maßnahmen bestellten Personen, sofern sie sich ausweisen, das Betreten der Keller und sonstigen, den Schnaken als Unterschlupf dienenden Räumlichkeiten bei Tage jederzeit zu gestatten. In den nächsten Tagen wird mit der Begehung der Grundstücke begonnen. Die betreffenden Personen sind mit Ausweisarten versehen.

Das Arbeitsamt schreibt uns: Zurzeit ist große Nachfrage nach Metallarbeitern, namentlich Dreher, Fräser, Installateure und Elektromonteur. Maschinenbauer werden in großer Anzahl von allen Fabriken, die Heereslieferungen haben, gesucht, so u. a. von Krupp, Essen o. Ruhr. Alles nähere ist bei dem Arbeitsamt, Dohbernerstraße 1, zu erfahren.

Biehshenkepolizeiliche Anordnung. Der Regierungspräsident hat verordnet, daß zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche der Viehtrieb von den Schlachtviehhöfen zu Frankfurt a. M. und Wiesbaden, sofern er nicht zur Schlachtung oder zum Auftrieb auf andere Schlachtviehmärkte erfolgt, verboten ist.

Schwurgericht. Die erste Schwurgerichtstagung für 1915 beginnt am 11. Januar; die weiteren Tagungen sind für den 19. April, 28. Juni und 4. Oktober festgesetzt. Für die Tagung im Januar ist noch einmal eine Verhandlung gegen den Mörder Franz Seilmann von Hofheim wegen Mordmordes angedacht. Ein früheres Urteil gegen Seilmann ist vom Reichsgericht aufgehoben worden, weil Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Seilmanns bestehen.

Kesseltheater. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß heute Montag stattfindende Kunstabend von Professor Marcel Salzer (zeitgemäße Dichtkunst in Ernst und Humor) um 1/8 Uhr beginnt. Morgen Dienstag gelangt auf mehrseitigen Wunsch nochmals das rasch beliebt gewordene neue Lustspiel „Alles mobil“ von Jacob und Lind zur Aufführung, und am Mittwoch wird der zweite Abend des Ringes „Ein Jahrhundert deutschen Humors“: „Die deutschen Kleinstädter“ von H. v. Rohde wiederholt. Die neueste Volkstheateraufführung zu ganz kleinen Preisen am nächsten Freitag bringt das amüsante Lustspiel „Maria Theresia“ von Franz v. Schönthan. Der Vorverkauf hat begonnen.

Kautionschwindler. Die Polizei warnt vor einem Schwindler, der durch Anträte älterer Kautionsfähiger Fräulein oder Witwe sucht und 200 Mark Kautions verlangt. Dem Mann ist nur um die Erlangung der Kautions zu tun.

Bräutigamsdiebe sind wieder an der Arbeit und machen besonders das Besten unsicher. In der Götzenstraße wurde in den letzten Tagen verschiedentlich das Frühstücksgesäß aus den Häusern gestohlen.

Mehgerinnung und Lehrlingsbeschäftigung. Die Wiesbadener Fleischgerinnung hat bei dem Magistrat die Freigabe der Lehrlinge vom Fortbildungsschulunterricht bis zum 1. Januar beantragt. Der Magistrat hat das Gesuch jedoch grundsätzlich abgelehnt.

Tod durch Schlaganfall. Der Seifenfabrikant Erkel von hier wurde bei einer Reise nach Frankfurt von einem Schlaganfall betroffen, der den sofortigen Tod des Mannes zur Folge hatte.

Tragischer Selbstmord. In den Albräut Dürer-Kulagen hat sich am Freitagabend der 18 Jahre alte Malergeselle Carl Schützenhaus in einem Anfall von Schwermut erschossen. Der junge Mensch hatte schon seit einigen Wochen

Anzeichen von Schwermut gezeigt und stets über den Tod eines ihm sehr zugetanen Bruders geklagt, der im Felde gefallen ist. Anscheinend hat ihm der Schmerz darüber die Schußwaffe in die Hand gedrückt. Die beklagten Eltern haben außer diesen beiden Söhnen vor einigen Jahren auch einen Jungen durch Unfall verloren.

Unfall. Auf der Viebricher Straße fuhr der 24 Jahre alte Bäder Otto Bild aus Bierstadt mit seinem Rade in einen entgegenkommenden Wagen und trug schwere innere Verletzungen davon. Die Sanitätswache brachte den Vermun glückten ins städtische Krankenhaus.

Die Beschäftigung von Arbeitslosen und Kriegsgefangenen. Im Interesse der Unterbringung deutscher Arbeitsloser weist ein neuer Erlass des preussischen Eisenbahnministers die Eisenbahndirektionen an, mit der Erlaubnis der Benachung von Kriegsgefangenen zu Arbeiten sparsam umzugehen. Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen ist den Unternehmern erst dann zu gestatten, wenn sie einwandfrei den Nachweis geführt haben, daß sie bei ausreichenden Lohnangeboten deutsche Arbeitskräfte auch durch Inanspruchnahme der Vermittlungsstellen nicht erwerben konnten. Auf die dauernde Gewährung ausreichender Löhne an deutsche Arbeitskräfte durch die Unternehmer ist durch entsprechende Aufsichtsführung ständig zu halten.

Zur Beachtung für Amerikaner! Die amerikanische Botschaft gibt bekannt: Alle Amerikaner, die sich zurzeit in Deutschland aufhalten und Inhaber von der amerikanischen Regierung, amerikanischen Regierungsbeamten oder einem Konsul ausgestellter Pässe sind, werden hierdurch aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen auf der amerikanischen Botschaft, Berlin, Wilhelmplatz 7, oder dem nächsten Konsulat zu melden, um die Pässe auf Veranlassung neuer, kürzlich erhaltener Instruktionen von der amerikanischen Regierung in Washington neu hembeln zu lassen. Außerdem ist es erforderlich, daß diese Pässe mit den Photographien der Inhaber versehen werden, die gleichfalls den Stempel der Botschaft oder des betreffenden Konsulats tragen müssen. Bei Nichtbeachtung der Instruktionen können diese Pässe für ungültig erklärt werden, vorausgesetzt, daß kein Grund für eine Unterlassung vorliegt und angegeben werden kann.

Feldpostbriefe mit Lebergewicht erlaubt. Wie wir hören, soll bei portofreilichsten Feldpostbriefen fortan über die Ueber schreitung der vorgeschriebenen Gewichtsgrenze bis zu 10 Prozent des Höchstgewichtes hinweggesehen werden, so daß künftig, solange das Höchstgewicht 250 Gramm beträgt, ein Lebergewicht von 25 Gramm und bei der Zulassung von 500 Gramm für Feldpostbriefe ein Lebergewicht von 50 Gramm gestattet ist. Briefe im Gewicht von 50 Gramm bis 275 Gramm kosten während der Zeit, wo auch 500-Gramm-Briefe zugelassen sind, 10 Pfennig.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Viebrich, 28. Nov. (Die Beglaubigung der Rentenquittungen) erfolgt am 29. und 30. d. M. auf Zimmer 12 des Rathhauses während des ganzen Tages von vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr. Die Abholung der beglaubigten Quittungen muß am 1. Dezember ebendortselbst durch den Rentenempfänger persönlich erfolgen. Für die Waldstraße wird nach dem bisherigen Modus verfahren.

Viebrich, 29. Nov. (Messerhelden.) In der Samstagnacht kam es in der Wilhelm-Kalle-Straße zu einer Schlägerei. Drei junge Burichen zwischen 17 und 18 Jahren haben ohne Grund mit zwei Personen Sünden angefangen. Der bei der Polizei nicht unbekanntere Krebs hat dem Gg. Debusmann sechs Messerstücke beigebracht. Der Verletzte wurde bei seiner Anzeige auf der Polizei zu Herrn Dr. Paer zur Auflegung eines Notverbandes geschickt, der eine Behandlung jedoch ablehnte mit der Begründung, daß er infolge der außer halb seines Bezirkes liegenden Wohnung des Verletzten nicht zuständig sei. Der zuständige Arzt, Herr Dr. Groh, erklärte, daß der Verletzte am anderen Morgen wieder kommen soll. Diese Hilfsbereitschaft der Ärzte mutet doch etwas sonderbar an. Nach mehrstündigem Hin und Her konnte der Verletzte ohne Notverband wieder nach Hause gehen, was eventuell schlimme Folgen hätte nach sich ziehen können.

Dohheim, 28. Nov. (Die Auszahlung der Kriegsunterstützung) für die erste Hälfte des Dezembers findet am Dienstag den 1. Dezember, vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 Uhr ab, bei der Gemeindefasse statt. Die Zahlung zu einer anderen Zeit ist ausgeschlossen. — (Die Rentenquittungen) für Dezember können heute, Montag den 30. November, abends von 6 Uhr ab, im Rathhaus, Zimmer 2, zur Beglaubigung abgegeben werden.

Bierstadt, 28. Nov. (Gemeindevorteiligung.) Heute, Montagabend 8 Uhr, findet eine Gemeindevorteiligung statt, in der erneut Anträge wegen Erhöhung der Kriegsfürsorge gestellt werden. — (Die Einquartierungsgelder) können während der Dienststunden von 8 bis 1 Uhr bei der Gemeindefasse erhoben werden. — (Vicesagaben für Krieger.) Der Gemeinderat hat beschlossen, den im Felde stehenden Bierstäbtern eine Weihnachtsfreude zu machen, und ersucht um Mitteilung sämtlicher Adressen der Krieger.

Oeffenheim, 28. Nov. (Arbeitsvergebung.) Am Mittwoch den 2. Dezember, vormittags 11 Uhr, werden im Rathhaus 70 Kubikmeter Kleinschlamm vergeben. — (Die Spülung der Wasserleitung) erfolgt am 30. November, jeweils von abends 9 Uhr ab, wie folgt: 1. Bezirk: Montag den 30. November nördlich der Bahn und westlich der Behlstraße und des Holzweges; 2. Bezirk: Dienstag den 1. Dezember nördlich der Bahn und östlich der Behlstraße; 3. Bezirk: Mittwoch den 2. Dezember südlich der Bahn und westlich der Behlstraße, Bönnerberg und Bleichstraße; 4. Bezirk: Donnerstag den 3. Dezember südlich der Bahn und östlich der Behlstraße, Bönnerberg und Bleichstraße. Freitag und Samstag werden alle Entloerungen gespült.

Küdesheim, 28. Nov. (Gesundener Dampfer.) Der Schraubendampfer „Hoffnung II“ erlitt auf der Fahrt zu Berg Ledage und sank hinter der neuen Brücke Dingen-Küdesheim.

Aus den umliegenden Kreisen.

Das Reichsvereinsgesetz und sein Bescheidweg.

Wie das im Mai 1908 in Kraft getretene Reichsvereinsgesetz — zustande gekommen unter der „berühmten liberalen Ära“ — in der Praxis gehandhabt wird, ist der Arbeiterklasse in den letzten Jahren mit genügender Deutlichkeit zu Gemüte geführt worden. Unsere Vertreter im Reichstag haben darüber sehr oft Klage geführt. Doch mochte sich das Material bergeshoch kühlen, die Abgeordneten wurden stets erneut auf den Bescheidweg hingewiesen, der in jedem einzelnen Falle beschritten werden müsse. Doch wie sieht es mit dem Bescheidweg in Preußen aus? Wie kommt da der Staatsbürger zu seinem Recht? Darüber belehrt uns u. a. ein Fall aus Grenz-

hausen (Unterwiesertal). Dort meldete einer unserer Parteigenossen Ende April 1913 anlässlich der bevorstehenden preussischen Landtagswahlen eine öffentliche Versammlung an, die mangels eines Versammlungsortes unter freiem Himmel stattfinden sollte. Der Ortsbürgermeister verweigerte die Genehmigung in folgendem Schreiben:

Die Polizeiverwaltung. Grenzhausen, 28. April 1913.

N. Nr. 1009.

Die mündlich nachgeforderte Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel am Sonntag den 4. Mai dieses Jahres wird hiermit verweigert. Es handelt sich um eine sozialdemokratische Versammlung, die lediglich den Zweck einer Demonstration hat. Der größte Teil der hiesigen Bürgerschaft ist Gegner der Sozialdemokratie und würde durch das Zusammenströmen einer großen, und da an Sonn- und Feiertagen hier ein sehr großer Fremdenverkehr herrscht, Störungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Ansehung des religiösen Empfindens, des gegenseitigen Ansehens und der wirtschaftlichen Tätigkeit nicht ausgeschlossen sein.

Aus der Abhaltung der Versammlung ist daher Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.

Gegen diesen Bescheid stehen Ihnen die im § 127 ff des Gesetzes vom 30. Juli 1883 bezeichneten Rechtsmittel zu.

Schmann.

Das Schreiben ist seinerzeit mit genügender Deutlichkeit in der „Volksstimme“ kritisiert worden (Nr. 103, 2. Beilage der „Volksstimme“ vom 5. Mai 1913). Es erübrigt sich daher, heute nochmals darauf einzugehen. Auf die sofortige Beschwerde beim Landrat in Montabaur antwortete dieser am 2. Mai 1913, er stellte sich auf die Seite des Bürgermeisters und lehnte die Beschwerde ab. Es folgte eine Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden. Dieser antwortete am 21. Juli 1913. Bürgermeister und Landrat wurden gedeckt und die Beschwerde für unbegründet erklärt; auch in Wiesbaden wurde in der Abhaltung der fraglichen Versammlung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit erblickt. Nun blieb als letzte Instanz das Oberverwaltungsgericht in Berlin. Die letzte Instanz wurde also angerufen. Doch es dauerte lange, bis die Beschwerde erledigt werden sollte. Das Jahr 1913 ging zu Ende, es kam kein Bescheid. Der Juli 1914 rückte ins Land und immer noch fehlte die Entscheidung von Berlin. Wiederholte Anfragen des Beschwerdeführers zeigten die Antwort: „Es ist noch kein Termin in der Sache angelegt.“ Dann kam der Krieg. Wieder gingen elf Monate ins Land. Dann endlich, endlich (vom 2. November 1914 datiert) eine Nachricht vom Königl. Oberverwaltungsgericht in Berlin, die dahin lautete:

In Ihrer Verwaltungsstreitsache wider den königlichen Regierungspräsidenten in Wiesbaden teilen wir Ihnen mit, daß wir, nachdem die angefochtene Verfügung vom 28. April 1913 zurückgenommen worden ist, die Akten weggelegt haben.

Schmann.

Damit hat diese Angelegenheit, die vom Tage der oben genannten Versammlung bis zum Bescheid des K. Oberverwaltungsgerichts über 1 1/2 Jahre gedauert, ihre Erledigung gefunden. Keine Entscheidung der höchsten Instanz erfolgte. Der Krieg scheint mitgewirkt zu haben. Die angefochtene Verfügung wurde zurückgenommen und da liegt man die Akten weg.

Was nun, wenn noch beendeten Krieg erneut die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel vom Ortsbürgermeister verweigert wird? Soll dann etwa erst ein neuer Krieg abgewartet werden, bis die Akten weggelegt werden können? Man merke die Absicht und wird verstimmt!

Interessanter Rechtsstreit.

Gemäß dem Gesetz vom 1. August 1909 hatte die Gemeinde Limburg a. d. Lahn ein Ortsstatut erlassen, wonach die Arbeitgeber der Fortbildungsschulpflichtigen verpflichtet wurden, Schulbeiträge zu leisten. Ein gleiches Statut für den ganzen Kreis, infolge eines Nachtrags einschließlich der Stadt Limburg, erließ der Kreisvorsitz. In einem Rechtsstreit des Schlossermeisters Kern gegen den Magistrat von Limburg, durch den Kläger Freistellung von den ihm abgeforderten Beiträgen für die gewerbliche Fortbildungsschule erstrebte, entstand nun die Frage, ob nach dem erwähnten Gesetz derartige Beiträge auch einseitig erhoben werden können für Fortbildungsschulen, die nicht von kommunalen Körperschaften errichtet und unterhalten werden, sondern von Dritten errichtet und staatlich anerkannt sind. Die Limburger gewerbliche Fortbildungsschule ist nämlich vom Gewerbeverein errichtet und erhält einen staatlichen Zuschuß, ist also staatlich anerkannt.

Der Bezirksausschuß zu Wiesbaden wies die Klage Kerns ab und stellte sich auf den Standpunkt, daß für Beiträge im Sinne des Gesetzes von 1909 auch von Dritten errichtete und vom Staate anerkannte Fortbildungsschulen in Frage kämen. Voraussetzung sei nur, daß die Beitragspflicht zur Unterhaltung einer solchen Schule diene. Das sei hier der Fall, denn die Stadt Limburg gebe an den Gewerbeverein für die Schule 1700 Mark. Kern legte darauf Revision beim Oberverwaltungsgericht ein.

Ein Ministerial-Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses äußerte sich in einer schriftlichen Erklärung zu der Hauptfrage dahin: Zutreffend sei die Auffassung, daß die Beiträge auch erhoben werden könnten für die Fortbildungsschulen, die von Dritten errichtet und vom Staate anerkannt sind. Zunächst komme in Betracht der Vorklaus des Gesetzes von 1909, betreffend die Beiträge für Fortbildungsschulen. Es werde darin gesagt, daß die Gemeinden und weiteren Kommunalverbände befugt sind, zur Unterhaltung der „gemäß § 120 der Gewerbeordnung errichteten gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen von den Arbeitgebern der Fortbildungsschüler Beiträge zu erheben.“ Der § 120 der Gewerbeordnung (Abt. 1) spreche aber nur von Fortbildungsschulen, welche von der Gemeinde oder vom Staate als Fortbildungsschulen anerkannt sind. Von der Errichtung spreche er nicht. Er lasse offen, wer sie errichtet habe. Aus diesen Bestimmungen des Gesetzes von 1909 und der Gewerbeordnung ergebe sich also, daß entscheidend sei das Anerkanntsein als Fortbildungsschule. Danach könnten auch Beiträge gemäß dem Gesetz von 1909 erhoben werden für Fortbildungsschulen, die nicht von Gemein-

den, sondern von Dritten errichtet, aber vom Staate anerkannt seien.

Das Oberverwaltungsgericht erkannte aber auf die Revision Kerns, daß das Urteil des Bezirksauschusses zu Wiesbaden aufzuheben und Kläger von den Beiträgen freizustellen sei. Leider wurden keine Gründe mitverkündet, so daß man nicht genau weiß, ob sich das Oberverwaltungsgericht in der prinzipiellen Frage in Gegensatz zum Bezirksauschuss und zum Ministerial-Kommissar gestellt hat, oder ob es aus andern Gründen auf Freistellung des Klägers erkannte.

Eine Vertrauensmännerversammlung des Wahlkreises Höchst-Homburg-Ufingen

Am gestrigen Sonntag in Frankfurt a. M. Der Vorsitzende Genosse Specht gedachte mit warmen Worten der im Felde gefallenen Genossen. Die Delegierten ehrten das Andenken durch Erheben von den Siph.

Sekretär Genosse Walter gab hierauf einen ausführlichen Bericht über den Stand der Organisation. Bedauerlich sei, daß das pulsierende Partyleben in einer Weise von Filialen beinahe vollständig erstarrt ist. Der Ausspruch: „Es gibt keine Parteien mehr“ dürfe doch nicht wörtlich ausgelegt werden. Jeder klarsehende Mensch sollte einsehen, daß gerade nach dem Kriege eine gezielte sozialdemokratische Partei notwendig ist. Schon mit Rücksicht auf die im Felde stehenden Genossen sei es Pflicht, alles daranzusetzen, wenigstens den alten Bestand zu erhalten. Der Stand der Organisation könne leider nicht klar in Erscheinung treten, weil eine ganze Anzahl Filialen die ausgegebenen Fragebogen mangelhaft ausgefüllt oder überhaupt nicht dem Sekretariat zurückgeschickt haben. Auch müsse Klage über unpünktliche Ablieferung der Abrechnungen der Filialen geführt werden. Manche Genossen seien der Meinung, eine Abrechnung einzufenden sei unnötig, weil nur noch einige wenige Genossen am Orte vorhanden sind. Das darf nicht vorkommen. Die Abrechnungen müssen dem Sekretariat zugesandt werden, auch wenn nur höchstens zwei Genossen am Orte sind und Beiträge bezahlen. Auffällig ist auch die noch schlechte Beitragsleistung. In den Filialorten müsse nachdrücklich auf eine pünktliche Kasserung der Beiträge gesehen werden; auch der Kolportage müsse wieder mehr Interesse entgegengebracht werden. Besonders muß darauf geachtet werden, daß die phrasenhaften, historisch unwarne Kriegsekläre einiger bürgerlicher Verleger in den Arbeiterhütten keinen Eingang finden. Zum Schluß kam Genosse Walter a. u. die Mitgliederzusammenkünfte zu sprechen und führte aus, daß es gerade in der Kriegszeit unbedingt notwendig sei, im Kreise der Parteigenossen die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage zu besprechen. Der Arbeitsvorstand ist der Meinung, daß in allen Filialen die regelmäßigen Mitgliederzusammenkünfte wieder aufgenommen werden müssen; auch sei der Vorstand gerne bereit, nach Möglichkeit, d. h. wenn rechtzeitig die Versammlungen gemeldet werden, sich durch ein Mitglied vertreten zu lassen.

Die Diskussion war sehr ergiebig und sachlich. Neben den allgemeinen organisatorischen und geschäftlichen Fragen wurden auch die Jugendbewegung und die Parteipresse in der Debatte recht lebhaft besprochen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, der sich mit der Kriegsfürsorge in den Gemeinden beschäftigten sollte, wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt. Beschlossen wurde, daß dieses Thema in nächster Zeit in einer neuen Konferenz besprochen wird, wozu die Gemeindevertreter geladen werden sollen.

Auf der Konferenz waren 35 Filialen durch 39 Delegierte vertreten; 34 Filialen hatten eine Delegation nicht für nötig erachtet, was lebhaft bedauert wurde.

Steinfischbach, 29. Nov. (Brand.) Die Wirtschaftsgebäude des Besitzers W. Tiefenbach wurden durch Feuer eingedäschert.

Wiesbaden, 30. Nov. (Tragischer Selbstmord.) In den Albrecht-Dürer-Anlagen hat sich am Freitagabend der 18 Jahre alte Kalergehilfe Karl Schübenhaus in einem Anfall von Schwermut erschossen. Der junge Mensch hatte schon seit einigen Wochen Anzeichen von Schwermut gezeigt und stets über den Tod eines ihm sehr geliebten Bruders geklagt, der im Felde gefallen ist. Anscheinend hat ihm der Schmerz darüber die Schußwaffe in die Hand gedrückt. Die belagerten Eltern haben außer diesen beiden Söhnen vor einigen Jahren auch einen Jungen durch Unfall verloren.

Lauterbach, 29. Nov. (Brand.) Ein Großfeuer vernichtete zwei mit reichen Vorräten angefüllte Scheunen und beschädigte zwei angrenzende Wohnhäuser in erheblicher Weise.

Bellersheim, 29. Nov. (Tödlicher Unfall.) Beim Düngerfahren geriet der Landwirt Karl Göbel, als ihm die scheu gewordenen Pferde durchgingen, unter den Wagen. Er wurde überfahren und getötet.

Darmstadt, 29. Nov. (Vom Auto getötet.) Am Karls- Hof wurde der Arbeiter Jakob Hofmann aus Griesheim von einem Kraftwagen überfahren und getötet.

Darmstadt, 29. Nov. Der heftige Landtag ist zu einer kurzen Kriegsstagung zusammenberufen. Am 16. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, erfolgt die vorläufige Bildung der Zweiten und Ersten Kammer. Um 11 1/2 Uhr wird sodann der Landtag im Sitzungssaal der Zweiten Kammer eröffnet und zwar durch den Staatsminister v. Ewald. Da der Großherzog wieder im Felde ist, geschieht die Eröffnung dieses außerordentlichen Landtages in der vorgenannten Weise, während sonst die Eröffnung stets im Schloße durch den Großherzog stattfand. Der Geburtstag des Großherzogs ist diesmal ohne den gewohnten Ordenslegen vorübergegangen. Das hat naturgemäß eine starke Enttäuschung bei den Interessenten ausgelöst. Viele Gassen müssen nun auch ohne den sehnlichst erwarteten „Charakter“ Justizrat, Sanitätsrat, Kommerzienrat usw.) weiterleben. Die Größe solchen Kummers ist nicht auszuenden.

Hanau, 30. Nov. (Das Bezirkskommando) ersucht sämtliche Reservisten und Wehrleute der Garde aller Waffen, die im Stadt- und Landkreis Hanau wohnen, sich zur ärztlichen Untersuchung am 1. Dezember, vormittags 9 Uhr, auf dem Paradeplatz in Hanau zu stellen. Von diesem Anruf werden die dem Landsturm angehörenden Mannschaften der Garde nicht betroffen. — (Der Landrat) ändert seine Bekanntmachung bezüglich Anmeldung zur Rekrutierungskommission dahin ab, daß die Anmeldung nicht vom 1. bis 15., sondern vom 1. bis 10. Dezember zu erfolgen hat. In Hanau-Kesselstadt melden sich die im Jahre 1895 geborenen und am 1. Januar 1915 militärpflichtigen Personen einschließlich der hier einquartierten Schlesier auf dem hiesigen Polizeiamt, Rangstraße 41, 1. Tr., zur Rekrutierungskommission.

Hanau, 30. Nov. (Aufhebung der Sonntagsruhe an den drei Sonntagen vor Weihnachten.) An den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten, am 13. und 20. Dezember, wird der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen bis 8 Uhr abends für die Dauer von 10 Stunden freigegeben. Betreff ist

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen! Wilhelm Weidling, Glauberg, Georg Senfried, Klein-Karben, Fritz Zeller, Vilbel, Johannes Kroner, Vilbel, Karl Kreiling, Vilbel, Wilhelm Kraft, Höchst a. d. Mieder, Johannes Müller, Elm

am dritten Sonntag vor Weihnachten, am 6. Dezember, in allen Zweigen des stehenden Handelsgewerbes die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern, sowie der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen bis 7 Uhr abends für die Dauer von 10 Stunden zugelassen. Eine Beschäftigung während des Hauptgottesdienstes an den drei genannten Sonntagen ist nicht gestattet. Am ersten Weihnachtstage ist der Handel gestattet mit Wad- und Konditorwaren, Fleisch, Wurst, Vorläufigkeiten und Milch von 5 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags, ferner der Handel mit Kolonialwaren, Blumen, Tabak, Zigarren, Bier und Wein während zweier Stunden vor Beginn der Pause für den Hauptgottesdienst und nicht über 12 Uhr mittags, die Zeitungspedition aber wie an den sonstigen Sonn- und Festtagen.

Hanau, 30. Nov. (Zur Beachtung!) Am Dienstag, den 1. Dez. abends punkt halb 9 Uhr, findet im Saalbau eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Genosse Dismann-Frankfurt hält einen sehr interessanten Vortrag, ebenso sind andere wichtige Fragen zu besprechen. Wir ersuchen hiermit die Parteigenossen, am Dienstag recht zahlreich zu erscheinen. Auch unsere Frauen dürfen am Dienstag nicht fehlen.

Bessenheim, 29. Nov. (Petroleumnot und Gasversorgung.) Jetzt, wo die Beschaffung von Petroleum der milderemittelten Volksklasse am meisten Verlegenheit bereitet, tritt das Interesse für die Gasversorgung unserer Gemeinde wieder in den Vordergrund. Die Gasfrage hat unsere Gemeindeverwaltung wiederholt beschäftigt, aber zu einem greifbaren Ergebnis ist man dabei nicht gekommen. Es blieb bei den Feststellungen, die man mittels Fragebogen bei der Einwohnerchaft gemacht hatte. Noch dem Ergebnis sollte der zu erwartende Konsum von Gas die Errichtung eines Gaswerks durch die Gemeinde nicht empfehlenswert erscheinen lassen. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß es mehr die Sorge um die Rentabilität unseres Elektrizitätswerkes ist, welche die Gemeindeverwaltung, und speziell die maßgebenden Personen, von denen eine Initiative in dieser Sache ausgehen müßte, einer Verwirklichung der Gasversorgung nicht näher treten läßt. Das elektrische Licht ist gewiß eine schöne Sache, aber die praktische Verwertung von Elektrizität durch Familien mit bescheidenem Einkommen muß hinter der des Gases zurückstehen, indem Gas für Heizzwecke billiger und darum empfehlenswerter ist. Ist unter den bereitwilligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen auch nicht an die baldige Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben zu denken, so muß doch zu gegebener Zeit der Gedanke der Gasversorgung mit allem Nachdruck durch die Einwohnerchaft verfochten werden. Nicht die Sorge um die Rentabilität einer gemeinnützigen Einrichtung, sondern die Ueberzeugung, daß diese einem längst empfundenen Bedürfnis entspricht, muß ausschlaggebend sein.

Neu-Isenburg, 30. Nov. (Die Spar-, Konsum- und Produktivgenossenschaft, E. G. m. b. H.) hielt am 28. November ihre diesjährige Generalversammlung im „Schweizerhof“ ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenvollen Worten der im Kriege gefallenen acht Mitglieder. Sodann berichtete der Geschäftsführer über die Vermögenslage. Vorstand und Aufsichtsrat beschloßen, mit dem Konsumverein in Frankfurt a. M. in Verhandlungen zu treten, die jedoch seit den Kriegswirren auf Wunsch der Frankfurter Genossen zurückgestellt seien. Die Mitgliederzahl stieg um 47 und beträgt jetzt 1078. Der Umsatz im eigenen Geschäft ist um 13411 Mark gegenüber dem Vorjahr gestiegen; er betrug 249 783,91 Mark, im Lieferantengeschäft 206 400 Mark. Die erzielte Reinerübrigung beträgt 9356,52 Mark und wird wie folgt verteilt: Ueberweisung an den Reservefonds 3000 Mark, an den Hausfonds 1000 Mark, an den Dispositionsfonds 1000 Mark, 4 Prozent Zinsen auf die am 1. Oktober 1914 voll eingezahlten Geschäftsanteile 812,40 Mark, dem Sterbeunterstützungsfonds 1000 Mark, dem Unterstützungsfonds für Notfälle 1500 Mark, dem genossenschaftlichen Unterrichts-fonds 100 Mark, für gemeinnützige und wohltätige Zwecke (hier-von 300 Mark der Kriegsfürsorge) 500 Mark, der Gewerkschafts-bibliothek 30 Mark, der Volksbibliothek 30 Mark, Vergütung für die Verwaltung 300 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 84,12 Mark. Bis jetzt sind 230 Mitglieder zu den Fahnen einberufen. Es wird beschloßen, den Familien der Gefallenen oder durch den Krieg verstorbenen Mitglieder je 30 Mark Sterbegeld zu zahlen. Die drei ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt, ebenso wurde die Anstellung des Kassierers Joseph genehmigt. Die Aus-gahlung der Rückvergütung findet Sonntag den 6. und Montag den 7. Dezember statt.

Unterliederbach, 30. Nov. (Aus der Partei.) Die am Samstagabend abgehaltene Mitgliederversammlung war insbesondere von den Frauen unserer im Feld stehenden Genossen sehr gut besucht. Noch einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Walter über den „Krieg und seine Folgen“ berichtete Gemeindevertreter Kammann über die Tätigkeit der Vertretung auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge. Aus dessen Ausführungen, die vom Vertreter Kehler ergänzt werden, geht hervor, daß von den Gemeindeorganen, der Situation entsprechend, das Mögliche zur Linderung der Not getan wurde. In der Diskussion wird von verschiedenen Frauen bitter Klage darüber geführt, daß

einzelne Hausbesitzer die Miete voll fordern, ohne Rücksicht darauf, ob die Familien mit den ihnen noch verbleibenden Beträgen auch leben können. Da vielfach unter den Frauen Unkenntnis über das gegenwärtig herrschende Recht festgestellt wurde, beschloß die Versammlung, am Montag den 30. November und Dienstag den 1. Dezember nachmittags von 3-5 Uhr, im „Deutschen Haus“ eine Sprechstunde für Fragen des Mietrechtes und der Kriegsfürsorge abzuhalten. Parteisekretär Walter erteilt dort allen Frauen der Eingekerkerten unentgeltlich Auskunft. Hoffentlich wird diese Einrichtung recht lebhaft in Anspruch genommen.

Aus Frankfurt a. M. Hilfe für Deutsche in Rußland.

Der Hilfsauschuss für Deutsche in Rußland, der sich vor kurzem hier gebildet hat, hielt am Samstagabend im Kaufmännischen Verein eine neue Besprechung ab über die Schritte, die geschehen sind und weiterhin unternommen werden sollen. Im Namen des Ausschusses gab Herr Vieh den Inhalt der auswärtsigen Amt gerichteten Eingabe bekannt, die folgende Fragen aufwirft: 1. Was kann mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden, um den Aufenthaltsort und die Adressen der in Rußland Vermissten zu erfahren? 2. Welcher zuverlässige Weg besteht, um mit Personen, deren Adressen bekannt sind, bezw. würden, schriftlich in Verbindung zu treten? 3. Welche amtliche Hilfe und Vermittlung kann in Aussicht gestellt werden für die Beförderung von Geldsendungen sowie die Uebersendung von Kleidungsstücken? Auf diese Eingabe ist dem Ausschuss bis jetzt noch kein Bescheid geworden. Namentlich soll versucht werden, mit Hilfe geeigneter und hilfsbereiter Personen auf internationaler Grundlage eine umfassende Organisation durchzuführen. Eine dahingehende Resolution fand Annahme. Die Geschäfts- und Auskunftsstelle des Ausschusses befindet sich bei der Firma Eberhard Müller & Co., Bethmannstraße 48.

Mieten und Hypothekenzinsen.

Der Vorstand des Deutschen Vereins für Wohnungsreform hat zur Frage der Miet- und Hypothekenzinszahlungen während der Kriegszeit folgende Entschliessung gefasst:

1. Wir empfehlen, um die Interessen der Mieter, der Hausbesitzer und der Hypothekengläubiger mit einander auszugleichen, die allgemeine Einführung von Miet- und Hypothekenzinsmässigkeiten. Diese Mieter müssen auch mit Maßnahmen befugnissen ausgerüstet werden, um die einschlägigen Verhältnisse zu ordnen und besonders auch um die böswillige Nichtzahlung von Mieten und Hypothekenzinsen zu verhindern. Die Mieter dürfen aber, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen, die darin besteht, die privatwirtschaftlichen Kräfte lebendig zu erhalten, nicht selbst Miet- und Zinsbeihilfen gewähren, unbeschadet ihrer Befugnis, Vorschläge zur Bewährung von Beihilfen zu machen.

2. Soweit eine Vereinfachung von Varmitteln nach Lage des Wirtschaftslebens und mit Rücksicht auf die bereits vorhandenen Mietunterstützungen der Gemeinden, besonders an Kriegervfamilien, noch erforderlich ist, würde es ein Zeichen für die innere Gesundheit des Grundbesitzes sein, wenn die Interessenten am Grundbesitz (Hypothekengläubiger, Terrainsbesitzer, Hausbesitzer) aus eigener Kraft eine Aktion zur Behebung der Not während des Krieges durchführten. Die Vergabe öffentlicher Mittel muß aber dem Grundbesitz ebenfalls verweigert werden, wie allen andern durch den Krieg gefährdeten wirtschaftlichen Werten. Dagegen kommen kreditfördernde Einrichtungen unter Mitwirkung der öffentlichen Verbände in Betracht.

3. Bei der Selbsthilfeaktion ist Gewicht darauf zu legen, daß die Hypothekengläubiger, besonders auch die regelmäßig kapitalkräftigen Gläubiger erster Hypothek, nach Maßgabe ihres hohen Interesses an der Erhaltung der Grundwerte und auch unter Berücksichtigung der bei den großen Realreditnehmern vorhandenen nennenswerten Reserven, an der Aufbringung der Mittel beteiligt werden.

4. Wenn die Selbsthilfeaktion nicht freiwillig zu Stande kommt, so würde eine gesetzliche Organisation zwecks Aufbringung der Mittel durch die Interessenten (Hypothekengläubiger, Terrainsbesitzer, Hausbesitzer) in Aussicht zu nehmen sein.

5. Endlich sind gesetzliche Massregeln erforderlich, die den Hypothekengläubigern jede Ausnutzung der Nozlage in der sich die Eigentümer von Miethäusern und von Eigenhäusern infolge des Krieges vielfach befinden und sich bei Beginn der Friedenszeit noch vielfach befinden werden, unmöglich machen.

Im Bade gestorben. Am Sonntagmorgen verstarb im hiesigen Schwimmbad eine 66jährige Privatfrau an einem Herzschlage. Die Leiche kam auf den Hauptfriedhof.

Schwerer Einbruch. In der Nacht zum Freitag wurde in einem Geschäft der Schornhorststraße ein schwerer Einbruch verübt, bei dem den Dieben bedeutende Mengen von Zigarren und Zigaretten in die Hände fielen, ferner Schokolade, Konserven, Zigaretten für Feinsteige. Die Einbrecher haben sich von ihrer rohesten Seite gezeigt, insofern, als sie die Gegenstände, die für sie wertlos waren, entweder zerhackten oder durch Uebergießen mit Tinte oder flüssigem Peim unbrauchbar machten. Die Täter sind noch nicht ermittelt. Zweckdienliche Angaben können bei der Kriminalpolizei, Zimmer 416, gemacht werden.

Erstappte Einbrecher. Gerade als sie in der vergangenen Nacht in einem Schubgeschäft eingebrochen waren und mit der „Arbeit“ beginnen wollten, wurden sie — ein Fensterputzer und ein Arbeiter — von der Polizei überrascht und festgenommen.

Erhöhung des Milchkaufspreises. Der Frankfurter Milchhändlerverein beschloß in einer am letzten Donnerstag abgehaltenen Versammlung, den Einkaufspreis der Milch frei Frankfurt a. M. und Umgegend auf 17,5 Pfennig das Liter zu erhöhen. Es handelt sich bei dieser Beschlussfassung um die Erfüllung früherer Abmachungen mit den vereinigten Landwirten von Frankfurt a. M. und Umgegend. Der bisherige Einkaufspreis betrug 17 Pfennig. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, tritt eine Erhöhung des Verkaufspreises der Milch in Frankfurt unter keinen Umständen ein.

Reiselegenheit für Engländer. Das stellvertretende General-Kommando des 18. Armee-Korps teilt — für den Korpsbereich des 18. Armee-Korps gültig — folgendes mit: Laut Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos müssen englische Staatsangehörige, die das Reichsgebiet verlassen wollen, entweder bis zum 6. Dezember 1914 oder am 6. Januar 1915 die Reise ausführen. Zwischen diesen Zeitpunkten ist die Ausreise verboten. — Besuche um Ausreise zum 6. Dezember sind bei den Polizeivorständen beim Kreis- oder Landrats-ämtern bis spätestens 2. Dezember 1914, mittags 12 Uhr, einzureichen.